

revista

Linke Zeitung für Politik und Kultur aus Celle

EUROPA



Rassistische Ressentiments aber bleiben - Bunt statt Braun - AntiFA jetzt mit
vielen neuen Geschmacksrichtungen - Mit Nazis reden - Wer ausgrenzt kann kein machtvoll
es Zeichen setzen -
Gegen die Bevölkerung politischen Katastrophenszenarien und Machtphantasien - Kampf der
Apartheid durch das
Residenzpflichtgesetz - Blutiger Idöber - Neue Quellen erschlossen, die Geschichte des
Lagers Bergen Belsen -
Buchbesprechungen - LeserInnenbriefe - Ehrung für Martin Dethlefs - Die Geister, die sie
riefen - Termine

Enthält:

Rassistische Ressentiments	
aber bleiben.....Seite	3
Bunt statt Braun.....Seite	4
AntiFa jetzt mit vielen neuen	
Geschmacksrichtungen?.....Seite	5
Mit Nazis reden.....Seite	6
„Wer ausgrenzt kann kein	
machtvolleres Zeichen setzen“Seite	7
Gegen die Bevölkerungs-	
politischen Katastrophenszenarien	
und Machtphantasien.....Seite	8
Kampf der Apartheid	
durch das	
Residenzpflichtgesetz.....Seite	10
Blutiger Lorbeer.....Seite	12
Neue Quellen erschlossen,	
die Geschichte des	
Lagers Bergen Belsen.....Seite	15
Buchbesprechungen.....Seite	16
LeserInnenbriefe.....Seite	18
Ehrung für Martin Dethlefs..Seite	19
Termine.....Seite	20

Willkommen,

obwohl es schwer war unsere Tische freizuschaukeln (alles ist voll mit den Geburtstagsgeschenken + Blumen zu unserem Einjährigen), haltet Ihr unser Neustes Produkt in der Hand. Und nach einem Jahr sind wir zum ersten Mal pünktlich, obwohl es zwischenzeitlich noch die Sonderausgabe zu dem im September geplanten Naziaufmarsch gab. Leider ist die Ausgabe immernoch aktuell und sollten sich die Vorzeichen bewahrheiten, steht uns für Ende Oktober erneut ein Aufmarschversuch der Neonazis ins Haus.

Also -wenn Aufmarsch, dann raus auf die Strasse!

Nach einem Jahr, ist es eigentlich auch an der Zeit mal zu schauen, was aus uns geworden ist: Wir sind wohl etwas professioneller geworden, kennen uns auch etwas besser. Aber von unserem ursprünglichem Konzept und wie wir die Zeitung inhaltlich füllen wollten, sind wir immernoch Meilen entfernt. Auch unsere „Arbeitsmoral“ läßt manchmal zu wünschen übrig, dafür haben wir dann ja auch Mecker bekommen (für den nicht so tollen Terminkalender, der diesmal leider auch nicht ganz so toll wird). Und dann verläßt uns auch noch ein treues Redaktionsmitglied !! Tschau, mach's gut!! :(

Aber es wird ja alles viel besser, Biermann wird nicht König von Celle, sagt der Wahrsager - isses nicht schön!!**Auf das nächste Jahr.**

Prost Eure revista



Impressum:

Revista, Nr.6, Oktober / November
Erscheinungsweise: alle 2 Monate
liegt kostenlos in diversen Kneipen und
Läden aus, kann aber auch gerne gegen
Portokosten abonniert werden (5 Stück für
10,-DM).

Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30F, 29221 Celle
m@il to: Revista@gmx.de
V.i.S.d.P.: Dettmer

Bankverbindung:

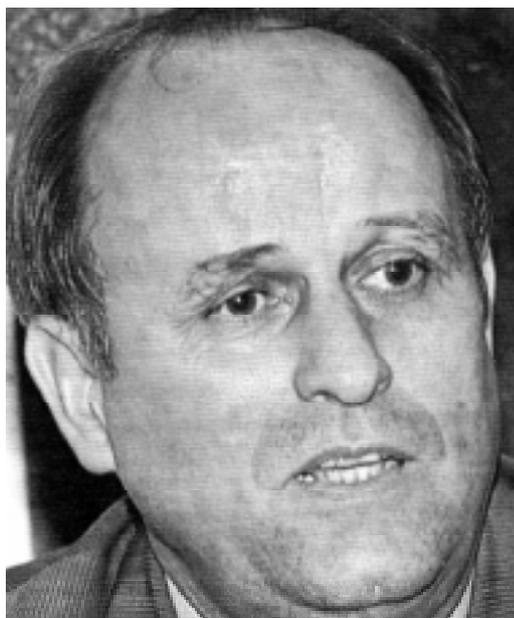
SKI, Sparkasse Celle, BLZ 257 500 01
K- Nr.: 108 099 698, Stichwort: Revista

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel
gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung
der Redaktion wieder!

RASSISTISCHE RESENTIMENTS ABER BLEIBEN

Als völlig haltlos haben sich alle Anschuldigungen gegen kurdische Immobilienbesitzer erwiesen, die Oberstadtdirektor Biermann als Vormann von CDU, FDP und WG vor zwei Jahren in die Welt gesetzt hat. Das bestätigten auf Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Amei Wiegel jetzt das Justizministerium in Hannover und die Generalstaatsanwaltschaft Lüneburg. Biermann ist blamiert, die von ihm in die Welt gesetzten rassistischen Ressentiments aber bleiben.

Die Bündnisgrünen hatten vor zwei Jahren die richtigen Worte gefunden. Nach Stammtischmanier schüre Oberstadtdirektor Biermann Fremdenhass. Über Monate hatte der Celler Verwaltungschef eine Kampagne gegen kurdische Immobilienbesitzer am Kochen gehalten. Es könne nicht mit rechten Dingen zugehen, dass mehr als 70 Prozent aller kurdischen Familien in Celle ein eigenes Haus besäßen. Das Geld für die Immobilienkäufe könne, so Biermann seinerzeit, aus Drogengeschäften, Schutzgelderpressung und Schleusertätigkeit stammen. Nachdem die Staatsanwaltschaft zu Jahresbeginn 1998 nach intensiven Ermittlungen erklärt hatte, keinerlei Anhaltspunkte für den Verdacht illegaler Geldbeschaffung zu haben, ließ Biermann ein gutes halbes Jahr lang von drei eigens dafür eingesetzten Mitarbeitern (!) zusammentragen lassen, was die städtische Ausländerbehörde, das Sozialamt und das Liegenschaftsamt über die Kurden und deren Eigentum wissen. Medienwirksam übergab er Ende September 1998 der Staatsanwaltschaft zehn prall gefüllte Aktenordner. Nun stellt sich die Frage, womit Biermann eigentlich die Ordner füllen ließ?



„Alles, was ich zu dieser Problematik an Tatsachen gesagt habe, kann ich beweisen.“

OStD Biermann in der CZ vom 14.2.1998

Das Ergebnis der Ermittlungen der Lüneburger Staatsanwaltschaft jedenfalls ist eindeutig. Oberstaatsanwalt Wiggers erklärte, die von Biermann erhobenen Vorwürfe seien „unzutreffend“. Zum Zeitpunkt der Käufe hätten alle beschuldigten Kurden Einkommen als Arbeitnehmer oder Selbständige bezogen. Lediglich in zwei von 341 Fällen sei man auf „Leistungerschleichung“, sprich Wohngeldbetrug gestoßen. Ausdrücklich betonte Wiggers, dass es bei der Überprüfung einer entsprechenden Zahl deutscher Hausbesitzer ähnliche Fälle gegeben hätte.

Ein Ergebnis hat die Kampagne aber bis heute: Für in Celle lebende Kurden und Kurden hat sich das Klima seitdem spürbar verschärft. Faschistische Drohanrufe wie: „Wir werden Euch alle vergasen, wie wir damals die Juden vergast haben“ waren vor zwei Jahren keine Seltenheit. Bis heute ist bei jedem Häuserkauf in Celle der Pass oder die „Abstammung“ ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung der neuen Nachbarn. Biermann, der vorgab, mit seiner Kampagne eine „Schweigespirale“ zu durchbrechen, aber eine Spirale von Kurdenfeindlichkeit in Celle anschob, zeigte sich auch jetzt völlig uneinsichtig. Für ihn beweise die Einstellung der Ermittlungsverfahren nichts. Gegenüber der CZ erklärte er: „Allein der Umstand, dass etwas nicht nachzuweisen ist, bedeutet nicht, dass es nicht doch vorhanden sein könnte.“ Das ist in der Tat die hohe Kunst des Ressentiments. – Und er meint sogar, einen „Erfolg“ verbuchen zu können. Seit 1998 seien die Hauskäufe von Kurden drastisch auf ein Drittel zurückgegangen. (Was ein Wunder, wenn drei Viertel der Familien bereits ein Haus haben?)

Der Oberstadtdirektor hatte seinerzeit vom Vorsitzenden der Union zarathustrischer Yeziden, Emin Berse, gefordert, sich von den „schwarzen Schafen“ zu trennen. Es ist an der Zeit, diese Forderung an die Celler Bevölkerung zu richten. Bei der Direktwahl des Oberbürgermeisters im nächsten Jahr sollte sie Biermann die „Rote Karte“ zeigen und sich endgültig von diesem „schwarzen Schaf“ trennen. – Nun gut, wir wissen, es wird nicht passieren.

Blumer

Neonazis kündigen erneut Demo in Celle an

Laut dem Infotelefon der Celler Neonazis wollen diese für Ende Oktober erneut eine Demonstration in Celle anmelden.



Laufende und nähere Infos gibt es auf der Homepage des „Bündnis gegen den Naziaufmarsch“ unter der Internetadresse:

http://members.tripod.de/Celler_Demo

Bunt statt braun

Mit einer gelungenen Kundgebung setzten AntifaschistInnen am 2. September in Celle ein klares Signal gegen den ursprünglich für diesen Samstag geplanten Nazi-Aufmarsch. Unter dem Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ versammelten sich im Laufe des Vormittags rund 200 Menschen auf dem Kleinen Plan.

Obwohl die Nazis auf Weisung der Berliner NPD-Zentrale ihre Demonstration abgeblasen hatten, war es dem „Bündnis gegen den Naziaufmarsch“ wichtig, offensiv gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit in dieser Gesellschaft aufzutreten. Eine zentrale These aller Rednerinnen und Redner war, dass die herrschende 'Mitte der Gesellschaft' in den vergangenen Jahren mit den Boden bereitet habe, in dem die braune Saat jetzt in einer neuen Gefährlichkeit aufgehe.



„Oft wurden unsere Warnungen als linke Spinnereien abgetan“, erinnerte Hannelore Klement von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA) in ihren Eröffnungsbeitrag: „Heute kann es nun aber von niemandem mehr übersehen werden, mit welcher Dreistigkeit Faschisten in unseren Ortschaften und Städten mit ihren Parolen und Schmierereien aufmarschieren. Selbst Brandstiftung, Körperverletzungen und letztlich auch Morde wurden teilweise von Politikern und Justiz heruntergespielt, Ausländerfeindlichkeit verharmlost und von der schweigenden Mehrheit gerne hingenommen, was den Rechts-Radikalismus nur stärken konnte.“

Charly Braun, Mitglied im DGB-Kreisvorstand Celle-Soltau-Fallingbostal, wies in seiner Rede darauf hin, dass es nicht nur darauf ankomme gegenüber den Stiefelfaschisten klare Positionen zu beziehen, „sondern auch gegenüber einer Politik und Wirtschaft, die den braunen Schlägern und Mordbrennern erst den Boden für ihr Tun vorbereitet.“ Es habe sich in den vergangenen

10 Jahren eine Kultur entwickelt, in der es nur noch um Leistung und Profit gehe. In ungebrochener Tradition werde versucht, ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter gegen deutsche auszuspielen: „Das ist der Nährboden für Nationalismus und Rassismus. Die Gefahr heute geht nicht nur von brandstiftenden Neonazis aus. Die Gefahr kommt aus Konzernzentralen.“ Charly Braun machte deutlich, dass es oft die gleichen Gruppen von Menschen, die sozial ausgegrenzt werden und obendrein Zielscheibe faschistischer Anschläge sind - AusländerInnen, Behinderte, Obdachlose: „Durch Mauern und Gesetze fühlen sich Nazis ermutigt, sich zu grausamen Vollstreckern eines gesellschaftlichen Konsens über Verwertbarkeit aufzuspielen. In Konzentrationslagern sortierten die Nazis gleich an der Rampe die Menschen für Gaskammer oder Vernichtung durch Arbeit. Die Neonazis trainieren bereits dafür an vielen Einzelnen.“

Die Rednerin der Unabhängigen AntiFa Celle erinnerte daran, dass das offizielle Celle in den vergangenen Jahren in skandalöser Weise die nötige Distanz zu Treffen von Gruppen wie dem 'Stahlhelm' oder der 'Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger' habe vermissen lassen. Genau wie schon die städtische Kampagne gegen kurdische Immobilienbesitzer würde der Bau der Mauer um das Celler Flüchtlingsheim fremdenfeindliche Gesinnungen in dieser Stadt stützen und fördern.

Im abschließenden Redebeitrag des Buntten Hauses wurde darauf hingewiesen, dass die Forderung der Nazis nach Schließung des soziokulturellen Zentrums nur ein Vorwand sei. Ihr Aktionismus zielle auf die Eroberung der Strasse. Dennoch sei es kein Wunder, dass das Bunte Haus so gut in das Feindbild der Nazis passe: „Vor allem im Milieu von sozio-kulturellen Zentren fanden und finden die Organisationsversuche und Kampagnen der Neonazis entschiedene GegnerInnen, in diesen Zentren wurde und wird mit politischer Bildungsarbeit über die Gefahren des Neofaschismus informiert. Und die Arbeit in diesen Zentren ist in ihrer immer auch emanzipativen und geschichtsbewussten Orientierung das genaue Gegenteil der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Ziele der deutschen Neo-Nazi-Szene.“

So gesehen macht für Celle die Parole „Bunt statt braun“ durchaus Sinn. Auf der Kundgebung wurde dies zudem eingelöst durch das Hip-Hop-Projekt „Sprechstunde“, das mit fetten Beats und Free-Style-Rap die Kundgebung ungemein bereicherte.

Die dummen und dreisten Vorwürfen aus den Reihen von Grünen und CDU gegen das Bündnis dürften dazu beigetragen haben, dass nur relativ wenige Menschen aus dem linksliberalen Bürgertum an der Kundgebung teilnahmen. Um so erfreulicher war deshalb das Grußwort von Frau Rathgeber und Pastor Bartmuß vom



„Hermannsbürger Arbeitskreises gegen Hetendorf 13“, die Celles Bürgerinnen und Bürger aufforderten, aktiv gegen Neofaschismus einzutreten. In einem Leserbrief an die CZ wies Pastor Bartmuß zudem darauf hin, dass die Hermannsbürger in ihrem Kampf für die Schließung des Hetendorfer Nazizentrums leider nur selten Persönlichkeiten des Celler öffentlichen Lebens als Mitstreiter gehabt hätten, wohl aber viele aus dem Milieu des Bunten Hauses.

Blumer

PODIUMSDISKUSSION IM KREISTAGSSAAL

AntiFa – jetzt mit vielen neuen Geschmacksrichtungen. Oder was?

Mit rund 300 BesucherInnen leistete die ursprünglich allein von der SPD geplante Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus am 1. September einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung gegen den nach wie vor zu erwartenden Nazi-Aufmarsch in Celle. Viele der TeilnehmerInnen dürften sich erstmals seit langer Zeit intensiver mit dem Problem neofaschistischer Propaganda und Organisation befasst haben. Es ist zumindest nicht auszuschließen, dass manche sich beim nächsten Anlauf der Nazis in eine Gegendemonstration einreihen.

In seinem Eingangsbeitrag erläuterte der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Wolf Wallat, warum auch Grüne und CDU als Mitveranstalter auftraten. Sie hätten selbst ähnliche Veranstaltungen geplant, und dann könne man es doch auch zusammen machen. Die Diskussion solle sich der Situation, den Ursachen und möglichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus widmen. Deshalb, so Wallats Mahnung, greife die Diskussion um die Mauer zu kurz. Doch aus der Sicht vieler BesucherInnen der Veranstaltung fielen die meisten Podiumsbeiträge leider weit hinter das immerhin Konkrete der Mauer zurück und verloren sich in unverbindlich Allgemeinem. So waren am Ende weniger die „Analysen“ des Podiums von Gewicht, sondern eher die große Besucherzahl und die Tatsache, dass kaum jemand mit Nazis diskutieren wollte.

Das Eingangsreferat des nds. Verfassungsschützers Hesse hielt sich wenigstens ans Thema. Hesse umriss als wesentliche Säulen des aktuellen Rechtsextremismus: Fremdenfeindlichkeit, latenter Antisemitismus und Aggression gegen Fremde und politisch Andersdenkende. Die NPD habe sich militanten Neonazis geöffnet und fordere „national befreite Zonen“. Auf die Verbote

gegen FAP, Wiking Jugend und die Trägervereine Hetendorfs habe die rechtsextremistische Szene mit der Bildung sogenannter Kameradschaften reagiert, von denen es in Niedersachsen rund 20 gäbe. Die Straftaten aus dieser Szene stufte Hesse als meist spontan und häufig unter Alkoholeinfluss geschehend ein. Einigen des Band sei u.a. die Musik. Der Verfassungsschützer ließ als Beispiel aus der CD „Nordheim live“ eines vom Nazi-Kader Thorsten Heise organisierten Konzerts ein antisemitisches „Punk“-Stück mit dem Titel „Blut muss fließen“ vorspielen.

Kurz darauf hatte die „Kameradschaft 73“ ihren Auftritt. Am Saaleingang aufgehalten von Hesses Begleitern, forderte Klaus Hellmund, mitdiskutieren zu wollen. Ein Teil des Publikums skandierte „Nazis raus“ und erfreulicherweise forderte Wolf Wallat als Veranstaltungsleiter die Nazis unverzüglich auf, den Saal zu verlassen. Was sie dann auch taten, kurz „Argumente statt Verbote“ brüllten, um dann noch lautstark ihr „Argument“ nachzuschieben: „Linke haben Namen und Adressen ...“.

Auf dem Podium diskutierten dann Sigrid Meyer-Knapp-Herbst (Sozialdezernentin und FDP), Michael Schwarzkopf (SPD), Bernd Zobel (Bündnisgrüne), Astrid Peters (CDU), der Berufsschulpastor Michael Kurmeier und Gudrun Stielke (Vorstandsmitglied der Sportjugend Niedersachsen) sowie zwei VertreterInnen des Bunten Hauses.

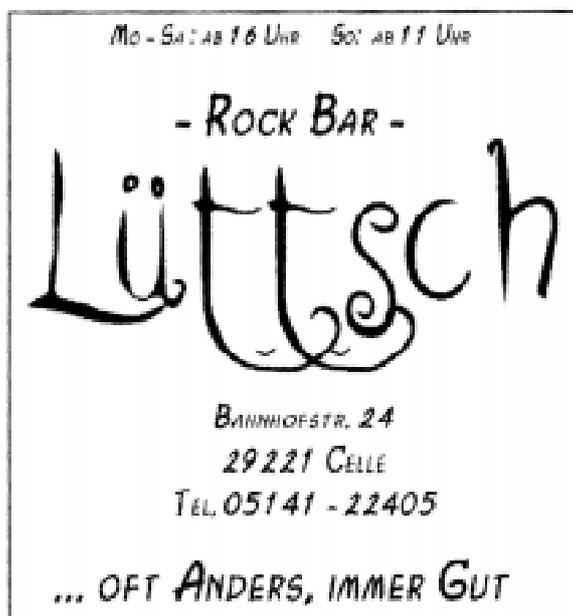
Die meisten Beiträge dienten leider kaum der Aufklärung über Neofaschismus und seine Bekämpfung. Sorgsam wurde vermieden, nach Zusammenhängen zwischen staatlichen Maßnahmen und dem Agieren der Nazis überhaupt nur zu fragen. Auffallend schnell wandte man sich der Frage zu, wie Kinder und junge Jugendliche gegen neofaschistische Einflüsse zu immunisieren seien. Denn die Ursache für den Zulauf, den Nazi-Gruppen erleben, erklärte man aus einem „häuslichen Entzug von Liebe und Zuwendung“. Es gelte, „schwache Kinder stark (zu) machen“. Immerhin wandte Michael Schwarzkopf (SPD) ein, dass man mit „Erlebnissport“ Rechtsextreme nicht für die Demokratie gewinnen können. Er regte Ausstiegsprogramme an und bemühte das gescheiterte Modell einer „akzeptierenden Jugendarbeit“. Eher unfreiwillig politisierte die CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Astrid Peters die Diskussion: Die Bevölkerung mancher Stadtteile fühle sich durch Ausländer bedrängt und nicht mehr einverstanden mit staatlichen Maßnahmen. Sie stimme zwar hiermit nicht überein, wolle diese Meinungen aber ernst nehmen. Sie erntete für diesen 'einfühlsamen' Beitrag im späteren Verlauf aus dem Publikum viel Kritik.

Bernd Zobel von den Bündnisgrünen machte deutlich, dass eine solche Haltung von Politikerinnen und Politikern Teil des Problems sei. Rechtsextremismus komme aus der Mitte der Gesellschaft, Jugendliche übernahmen Haltungen der Erwachsenen. Diese wiederum sähen sich bestärkt und bestätigt durch fremdenfeindliche Äußerungen von Politikern. Rechtsextremismus zeige heute ein hässlicheres Gesicht als zu Zeiten von Mölln und Solingen. Es herrsche ein Klima von Diskri-

minierung und Gewalt. Zobel räumte ein, dass die Zustimmung der Celler Bündnisgrünen zum Mauerbau ein Fehler gewesen sei.

Aus dem Publikum kamen zumeist kritische Beiträge, die z.B. auf die Rolle politischer Brand-Sätze, die Kampagne des Celler Oberstadtdirektors gegen kurdische Immobilienbesitzer und die Mauer ums Celler Flüchtlingsheim eingingen. So war es letztlich zu verschmerzen, dass sich Superintendent Hölterhoff als Diskussionsleiter nicht gerade durch Großzügigkeit gegenüber den Podiumsvertretern des Bunten Hauses auszeichnete. Immerhin konnten sie aber deutlich machen, warum eine Diskussion mit Nazis abzulehnen sei: Rassistische, antisemitische und den Nationalsozialismus relativierende Äußerungen hätten mit einer freien Meinungsäußerung im demokratischen Diskurs nichts zu tun. Denn: Faschismus sei keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

B.



Pressemitteilung des PDS - Kreisverband Celle

Der Unglücksbote ist der Schuldige: Dieser Eindruck muß sich der Leserschaft der CZ aufdrängen, wenn das Flugblatt der Celler Antifa gegen das Auftreten der militanten Rechten im Raum Celle als Auslöser „weiteren Ärgers“ dargestellt wird. Ärger für wen? Im genannten Flugblatt geht es unter anderem um den Mord an Peter Deutschmann, begangen von zwei rechten Skins am 10. August 1999 in Eschede und nicht um das beschädigte Auto eines Nazis! Zwei Rechtsgüter unterschiedlicher Gewichtung, sollte man annehmen! Die PDS Celle wird von allen juristischen und der ihr in der parlamentarischen Arbeit möglichen Schritten Gebrauch machen, um einer Verharmlosung und damit einer stillschweigenden Duldung des „Nationalen Widerstands Celle“ entgegenzutreten. Die Waffe kann - entgegen Celler Gepflogenheiten - nur die Öffentlichkeit sein.

PDS Kreisverband Celle

Mit Nazis reden...

Am Mittwoch, dem 25. August 1993, hatte man erneut Gelegenheit, deutschem TV-Topjournalismus beizuwohnen. In den ARD-Tagesthemen führte Sabine Christiansen ein Interview mit dem sächsischen Innenminister Heinz Eggert über die Frage, ob man junge Neonazis in freundliche, milde Menschen verwandeln könne, indem man sie mit Jugendzentren, Sozialarbeitern usw. überhäufe. Eggert, dessen Äußeres immer wieder in Erinnerung ruft, daß die Folge „Amok in Bethel“ aus der TV-Serie Peter Strohm noch immer nicht gedreht worden ist, kippte die Interviewsituation um und fragte Frau Christiansen: „Wann haben Sie oder ich das letzte Mal mit einem Rechtsradikalen gesprochen?“ Nun ist allgemein bekannt, daß Sabine Christiansens berufliche Qualifikation im Besitz eines CDU-Partei-buches besteht, und gerne erzählten Kollegen, daß sie als einzige in der Tagesthemen-Redaktion nicht in der Lage ist, sich ihre Nachrichtentexte selbst zu schreiben. (...)

Und dennoch hätte selbst sie auf Eggerts o.g. Frage mit Leichtigkeit antworten können: „Aber wieso? Das tue ich doch gerade“, oder ganz simpel: „Warum? Ist das jetzt Pflicht?“

Es scheint so. Alle Welt sucht das Gespräch mit Rechtsradikalen. Warum? Haben sie einem etwas zu sagen? Ist nicht hinlänglich bekannt, was sie denken, fordern und propagieren? (...)

Muß man an jeder Mülltonne schnuppern? Niemand wählt Nazis oder wird einer, weil er sich über deren Ziele täuscht, - das Gegenteil ist der Fall; Nazis sind Nazis, weil sie welche sein wollen. Eine der unangenehmsten deutschen Eigenschaften, das tiefende Mitleid mit sich selbst und den eigenen Landsleuten, aber macht aus solchen Irrläufern der Evolution arme Verführte, ihrem Wesen nach gut, nur eben ein bißchen labil etc., „Menschen“ jedenfalls, so Heinz Eggert, „um die wir kämpfen müssen“.

Warum? Das Schicksal von Nazis ist mir komplett gleichgültig; ob sie hungern, frieren, bettnässen, schlecht träumen usw. geht mich nichts an. Was mich an ihnen interessiert, ist nur eins: daß man sie hindert, das zu tun, was sie eben tun, wenn man sie nicht hindert: die bedrohen und nach Möglichkeit umbringen, die nicht in ihre Zigarettenschachtelwelt passen. Ob man sie dafür einsperrt oder sie dafür auf den Obduktionstisch gelegt werden müssen, ist mir gleich, und wer vom Lager (für andere) träumt, kann gerne selbst hinein. Dort, in der deutschen Baracke, dürfen dann Leute wie Rainer Langhans, Wolfgang Niedecken und Christiane Ostrowski zu Besuch kommen und nach Herzenslust mit denen plaudern, zu denen es sie zieht.

Wiglaf Droste



(aus „ARRANCA“ Nr. 3 * Winter '93/'94)

Antifaschismus – mal ganz anders

Wer ausgrenzt, kann kein machtvolleres Zeichen setzen

Die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus trieb bei zwei Celler Lokalpolitikern ganz besondere Blüten. Bernd Zobel von den Bündnisgrünen und der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Heiko Gevers sahen sich vom „Bündnis gegen den Naziaufmarsch“ ausgegrenzt.

Der Hintergrund ist gänzlich unspektakulär. Als bekannt wurde, dass Nazis in Celle einen Aufmarsch planen, setzten sich ziemlich schnell VertreterInnen jener Organisationen zusammen, die in den vergangenen Jahren kontinuierlich antifaschistische Arbeit machen. Schnell waren sich die VertreterInnen einig, für eine Demonstration zu mobilisieren. Nach kurzer Diskussion war klar, dass es angesichts offensichtlicher Differenzen in der Bewertung der Ursachen des Neofaschismus wenig Sinn machen würde, auch noch die Ratsparteien anzusprechen. Äußerst problematisch war zudem die Ignoranz gegenüber der bundesweiten Kritik am Bau der Mauer um das Flüchtlingsheim. Ein Problem sah darin niemand; SPD und Bündnisgrüne würden ja vielleicht eigene Initiativen ergreifen.

Auf eine andere Art einig waren sich dann CDU und Bündnisgrüne. Nicht die Nazis waren scheinbar ihr Problem, sondern das „Bündnis gegen den Naziaufmarsch“.

Von Bernd Zobel kam der Vorwurf der Ausgrenzung. Anders als er es meint, hatte er Recht, wenn er gegenüber der CZ sagte: „Wer selbst ausgrenzt, kann kein machtvolleres Zeichen (gegen Rechtsextremismus) setzen.“ In der Tat können Parteien, die den Mauerbau ums Celler Flüchtlingsheim befürworten, einer – wie das Bündnis meinte – ausgrenzenden und letztlich Fremdenfeindlichkeit fördernden Maßnahme, kaum ein eindeutiges Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. Immerhin haben die Bündnisgrünen ihre Position zur Mauer zwischenzeitlich in Teilen revidiert.

Getoppt wurde Zobel einen Tag darauf vom CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Heiko Gevers, der dem Bündnis „faschistoide Methoden“ vorwarf, da es eine Beteiligung der Ratsparteien an der antifaschistischen Kundgebung ablehne. Dummheit oder Dreistigkeit? Jedenfalls ist es schon erstaunlich, wenn ein Politiker einer demokratischen Partei den nicht ganz unwichtigen Unterschied des bürgerlich-demokratischen zu faschistischen Systemen umdreht. Gemeinhin geht man davon aus, dass Demokratie

u.a. darin bestehe, dass Menschen und Gruppen sich gemäss ihrer Analyse und ihrer Interessen zusammenschliessen können. Und erst als – um ein Beispiel zu nennen – der „Tag der Arbeit“ nationalsozialistisch „geedelt“ war, wurde es zu einer Pflichtveranstaltung, bei der kein deutscher Arbeitsmann mehr fehlen durfte.

Kurz: Wenn man die Ursachen wie auch die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus unterschiedlich einschätzt, gibt es zur Zeit nur wenig vernünftige Gründe gemeinsam zu demonstrieren. Und das hat dann nichts mit Ausgrenzung zu tun, sondern ist schlicht ein demokratisches Politikverständnis, das in nichts an Nationalsozialismus oder „faschistische Methoden“ erinnert. Eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus ist schließlich, wenn Gevers tatsächlich diesen normalen, demokratischen Prozess mit der Ausgrenzung von unerwünschten Gruppen aus der NS-Volksgemeinschaft vergleicht. Diese „Ausgrenzung“ endete bekanntlich für Millionen in den Todesfabriken der Nationalsozialisten.

Blumer

zusammen gehört

Am 28.2. marschierten 400 Neonazis durch Erfurt. Eine Blockade wurde von der Polizei mit Schlagstöcken und Pfefferspray aufgelöst. An diesem Tag wurden 4 Antifaschisten verhaftet, ihnen wird Sachbeschädigung, versuchte Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Sie brauchen eure Solidarität.

Am 4.3. veranstaltete der Bund der Vertriebenen ein Totengedenken auf dem Erfurter Hauptfriedhof. 3 Antifas beobachteten die Veranstaltung und wurden verhaftet, als Begründung wurde lachen angegeben. Noch am selben Abend gab es 3 ergebnislose Hausdurchsuchungen, bei denen nach Teilen des Vertriebenenendenkmals in Erfurt gesucht wurde, welches in der Nacht davor teilweise demontiert wurde. Gegen einen Verhafteten läuft ein Verfahren, weil er auf dem Hauptfriedhof "Ihr seid doch alles Nazischweine" gesagt haben soll (Beleidigung). Die anderen beiden Verhafteten sind als Zeug(inn)en geladen. Sie brauchen eure Solidarität.

Soligruppe ABC/RII
PF 10 17 20
99017 Erfurt
Email über: infoladen.sabotnik@gmx.net
Bank:
LAG Antifa/Antira A.L.F.
Stichwort: Repression
Kto-Nr.: 2371243701
BLZ: 82010111, BIG Erfurt

uns die zukunft

Gegen die bevölkerungspolitischen Katastrophenszenarien und Machbarkeitsphantasien der Expo -Technokratinnen



- Unsere Zukunft sieht anders aus!

„Ohne, eine problemadäquate Thematisierung des Weltbevölkerungsproblems ware die EXPO 2000 aus meiner Sicht keine eigentliche Weltausstellung“ - so der EXPO-Beauftragte der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Ansgar Holzknicht 1995 auf einem Symposium der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung. Seine Hoffnungen haben sich erfüllt. Nachdem schon die Kampagne zum Tag der 6-Milliarden im Oktober 1999 vor einer drohenden „Überbevölkerung“ warnen sollte, steht auch die EXPO 2000 ganz im Zeichen bevölkerungspolitischer Katastrophenszenarien. Das Konstrukt der Bevölkerungsexplosion zieht sich wie ein roter Faden durch alle Themenparkbereiche der EXPO. Die AusstellungsmacherInnen hatten es dabei noch nicht einmal für notwendig, zu erklären warum und wie sie die heutige oder zukünftige Zahl von Menschen als Problem definieren und berechnen. Sie verzichten auf tiefergehende Erläuterungen und arbeiten lieber mit plakativen Metaphern, die das Problem Mensch dem Menschen näher bringen soll: mal sind es im „Themenparkbereich Mensch“ Wellensittiche, die schön getrennt nach Entwicklungsland, Schwellenland und Industrieland in drei verschiedenen Käfigen demographische Prognosen verdeutlichen sollen; mal sind es im „Themenparkbereich Ernährung“ Heuschrecken hinter einer Glaswand, die wie ein biblischer Schrecken über die Welternährungsvorräte herfallen. Es ist nicht zufällig, dass die Behauptungen über ein Zuviel an Bevölkerung bei der EXPO anscheinend am Höhepunkt ihrer Karriere angelangt sind - nachdem sie noch in den 70er Jahren international mehr als umstritten und gerade in Deutschland aufgrund der bevölkerungspolitischen Geschichte lange, kontrovers diskutiert wurden. Die Umsetzung des EXPO-Mottos „Mensch-NaturTechnik“ blendet gesellschaftliche Strukturen aus und reduziert Wirklichkeit auf ein rein statistisches Verhältnis zwischen verschiedenen Größen. Mittels dieser Berechnungen und Beschwörungen werden dann die komplexesten, politisch und sozial bedingten Probleme als technisch manipulierbar dargestellt - der Fortschritts Glaube ist ungebrochen, wenn die EXPO sich per Attitude auch hie und da von technikverherrlichenden Ansätzen geläutert gibt. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Fragen werden so zu Bevölkerungsfragen - Bevölkerungspolitik zu einem Anpassungsinstrument der Biomasse Mensch an den gesellschaftlichen Status quo. Eine zentrale Rolle in diesem Gerede über das Problem Weltbevölkerung spielt das herrschende Ökologieverständnis: Nicht Produktionsweisen, zerstörerische Großprojekte oder gar die Verteilung der Ressourcen werden zum Problem gemacht sondern die Bevölkerung in südlichen Ländern

zum eigentlichen bedrohlichen Faktor erklärt. Ist die Zahl von Menschen erst einmal als Ursache von Krisenphänomenen - wie z.B., Hunger - für selbstverständlich erklärt, ergibt sich daraus nur die Frage nach (gen-) technischen Lösungen. In diesem Fall Ertragssteigerung, wie es schon seit den 1950er Jahren mit der Grünen Revolution versucht wurde oder auch, heute mit „Vitamin-A-Reis“, präsentiert im „Chemidrom“ des Themenparkbereiches „Mensch“. Der Hunger der Menschen steht allerdings nur als werbewirksames Mittel im Vordergrund. Die Ehe von Bevölkerungsstrategen und Gentechnokraten konnte nicht besser gelingen als über diese anscheinend humanitäre Gentechnologie die gepaart mit wirksamen (humanitären) Bevölkerungskontrollmaßnahmen das Elend der Welt lindern soll. Ganz In diesem Sinne: Wer den Panikmacher „Überbevölkerung“ erst mal verinnerlicht hat, ist auch leicht zu überzeugen dass Gentechnologie notwendig ist.

Kind: „Ich hätte lieber ein Schwesterlein!“
Mutter: „Doktor, kriegen wir das hin?“
(aus einem Radiowerbespot, der Expo)

Bevölkerungspolitik ist per Definitionen eine staatliche oder supranationale Politik, die auf die Kontrolle über die Quantität und/oder die wie auch immer definierte „Qualität“ einer Gesamtbevölkerung abzielt. Die bevölkerungspolitische Praxis beinhaltet eine Kontrolle über

**“Wer gegen Gentechnik ist, macht sich Mitschuld am Hunger der Welt.“
(Birgit Breuel)**

die Gebärfähigkeit der Frauen und eine selektive Entscheidung darüber, wer das Recht hat zu leben - nach Kriterien wie Klasse, Rasse/Ethnizität, Behinderung oder Geschlecht. Scheinen im internationalen Kontext im allgemeinen Quantitäten im Vordergrund zu stehen, so werden diese jedoch immer wieder begleitet von einer selektiven und qualitativen Bevölkerungspolitik: So wird in den hübschen weltweiten EXPO Projekten zur Lösung des mengenmäßigen Bevölkerungsproblems nicht die Sterilisation der Mitglieder der männlichen weißen Mittelschichtklasse vorgeschlagen, sondern an die Verhütungspflicht von armen Frauen aus dem Süden appelliert. Parallel dazu darf sich ein Paar - weiß, heterosexuell, jung und modern - mittels Laptop ihr Wunschkind zusammenstellen und, für den Fall einer Scheidung, auch noch klonen- noch ein fiktiver Film im Themenparkbereich „Mensch“.

Mehr Bildung = weniger Kinder? Oder: Was haben Mathematik und Empowerment gemeinsam? Bevölkerungspolitik ist nicht - wie so oft und gerne behauptet - identisch mit selbstbestimmten Möglichkeiten der Geburtenkontrolle für Frauen sondern gibt gesamtgesellschaftliche Zielen der Menschenökonomie die Priorität vor individuell bestimmten Entwicklungen. Die im bevölkerungspolitischen Sprachgebrauch immer wieder betonte Frauenförderung ist ein reines Kosten-Nutzen-Kalkül, das nichts mit den Interessen der Frauen zu tun hat, sondern rein der Legitimation von Bevölkerungspolitik dient. Durch das „feministische“ Facelifting der Bevölkerungspolitik seit der Weltbevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo ist in Vergessenheit geraten, dass die internationalen Frauenbewegungen einmal grundsätzlich dagegen angetreten sind, die Entscheidung für oder gegen Kinder in irgendeiner Art und Weise staatlichen Zugriffen zu unterwerfen. Begriffe der Frauenbewegung, wie Empowerment oder Selbstbestimmung, wurden inzwischen von bevölkerungspolitischen Diskursen vereinnahmt, verwässert und umgedeutet. Arrogant wird die Lebensrealität von der überwiegenden Mehrheit aller Frauen auf das Konstrukt der „Dritte-Welt-Frau“ reduziert, die durch Verhütungsmittelprogramme aus dem Zustand des Unwissens, der Armut, der Verantwortungslosigkeit und der patriarchalen Abhängigkeit erlöst werden soll.

Frauenbewegungen haben Begriffe wie Empowerment oder Selbstbestimmung politisch entwickelt, um Geschlechterhierarchien und geschlechtliche Arbeitsteilung anzugreifen. Diese Begriffe dürfen nicht für staatliche und bevölkerungspolitische Interessen vereinnahmt werden!

Alles frauenfreundlich, oder was?

Trotz dieses seit Kairo anscheinend frauenfreundlichen, beschützenden Tonfalls in der Bevölkerungspolitik zeigt sich, dass feministische Forderungen an vielen Punkten unvereinbar mit den demographischen Zielen der Bevölkerungspolitik sind. Die Programme geben weiterhin offen oder verdeckt Zielquoten vor, wie viele Kinder Frauen gebären sollen, wie viele Frauen sterilisiert werden sollen, wie viele Frauen gesundheitsschädliche Langzeitverhütungsmethoden gebrauchen sollen. Zielquoten, die immer wieder in verschiedene Formen

des Zwangs münden: Sei es, dass in Peru Lebensmittelhilfen von einer Sterilisation abhängig gemacht wurden, oder dass in Bangladesh Frauen verweigert wurde, Hormonimplantate wieder herauszuoperieren. Andererseits gibt es feministische Bewegungen die sich gegen Experimente zum Zwecke der effektiveren technischen Kontrolle der Fortpflanzung zur Wehr setzen - so die Kampagne gegen Forschung an immunologischen Verhütungsmitteln.

Nicht mit uns!

Wir fordern dazu auf, gegen die menschenverachtende Bevölkerungskontrollpolitik und deren Vermarktung auf der EXPO 2000 zu protestieren! Das technokratische Weltbild der EXPO hat nichts mit der Lebensrealität der meisten Menschen zu tun! Dieses Weltbild abstrahiert von jedem konkreten historischen, lokal und sozial differenzierten Wissen. Es entwirft ein planetarisches Modell, das dann von den Schaltzentralen der Regierungen, Konzerne oder auch Nichtregierungsorganisationen der Industrieländer durch Einsatz von Technologien als handhabbar dargestellt wird. Alle Menschen, die nicht in dieses Modell passen, erscheinen als überflüssige, bedrohliche Masse. Das angebliche Problem Bevölkerungswachstum und seine Lösung kann keine objektive wissenschaftliche Debatte sein, da diese Problemkonstruktion immer bestimmt ist von Machtinteressen: Es geht um die Manipulation von Menschen; es geht um die Reduktion der Menschen auf eine statistische Größe und die Frage, wer gebraucht wird und wer nicht - und es geht darum, nicht die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Formen der Ressourcenaneignung in Frage zu stellen, sondern die Menschen selbst zur anpassungsfähigen Ressource zu machen. Wir protestieren gegen die Entscheidung für oder gegen Kinder als Zielscheibe politischer und technologischer Manipulationen! Keine Zwangsmaßnahmen an Frauen! Frauenförderung muss Selbstzweck sein! Wir schließen uns der Resolution des internationalen feministischen Treffens in Bangladesh an:

„Menschen sind keine Bevölkerung - Bevölkerungskontrolle NEIN!“

Frauen gegen Bevölkerungspolitik



**Fragen zu
Kriegsdienstverweigerung
und Zivildienst?**

Wir helfen weiter.

**Beratung jeden Donnerstag zwischen 17 und 19 Uhr im
Bunten Haus (Gelände der CD-Kaserne)**

Eine Liste mit Zivildienststellen in Celle gibt's auf der
Homepage: <http://www.bunteshaus.de>



Kampf der Apartheid durch das Residenzpflichtgesetz!

Für das Recht auf Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen in Deutschland!

Demonstration am 3. Oktober, 13.00 Uhr, vor dem Hauptbahnhof in Hannover

Am 3. Oktober feiert Deutschland in Hannover auf der Expo 2000 seine Wiedervereinigung und versucht sich der Welt mit einem modernen Image zu präsentieren. Weltoffen, als Garant für Demokratie und Menschenrechte im In- wie im Ausland möchte Deutschland gerne gesehen werden. Die in den Medien massiv verbreitete Absicht, die Aktivitäten von faschistischen Parteien und Neo-Nazigruppen einzudämmen, ist Teil dieser Kampagne. Aber dieser Propaganda-Zirkus hat nichts mit der Realität von Flüchtlingen zu tun – den wirklichen Opfern des rassistischen Terrors. Der deutsche Staat hat über Jahrzehnte weg die Basis für diesen Terror geschaffen, indem er uns systematisch von der deutschen Gesellschaft isoliert hat. Wir werden in Flüchtlingscamps in abgelegene Wälder geschafft und dort mit Hilfe diverser Gesetze und Bestimmungen praktisch weggesperrt.

Dies zeigt insbesondere die seit 1982 von den deutschen Behörden praktizierte sog. Residenzpflicht, die das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge auf ein Minimum einschränkt. Die Residenzpflicht nimmt uns das Recht, den Landkreis, in dem wir gemeldet sind, zu verlassen. Dieses Gesetz, das uns oft in einem äußerst kleinem Gebiet einsperrt, existiert in keinem anderen Land in Europa.

Dieses Gesetz kriminalisiert alle Flüchtlinge und natürlich MigrantInnen insgesamt. Irgend jemand von uns kann von der Polizei kontrolliert werden, ob wir nun unseren Landkreis verlassen haben oder nicht. Für diejenigen, die diese Polizeikontrollen sehen, entsteht der Eindruck, als ob der Flüchtling etwas kriminelles getan hat. Auf diese Weise scheint dem/der normalen Deutschen der Haupt-Slogan der Neo-Nazis vom "kriminellen Ausländer" jedesmal mehr bestätigt, wenn er/sie eine solche Kontrolle mitbekommt. Ein Verstoß gegen die Residenzpflicht ist von Deutschen gar nicht begehbar, wodurch Kriminalstatistiken, die "deutsche Straftaten" und "ausländische Straftaten" gegeneinander rechnet, automatisch gegen Flüchtlinge gerichtet werden.

Für Flüchtlinge ist es nahezu unmöglich, nicht gegen die Residenzpflicht zu verstoßen. Sobald wir nach Deutschland kommen, werden wir automatisch kriminalisiert. Die Residenzpflicht führt zwangsläufig zu einer gesellschaftlichen Isolierung. Dies zeigt das Beispiel von Jose Maria Jones aus Sierra Leone. Er lebt in einem Flüchtlingslager in Großensee in Thüringen. Wann immer er einen Freund in Raßdorf, einem Nachbardorf, das nur 100 Meter weiter in einem anderen

Landkreis liegt, besuchen möchte oder dort an einem politischen Treffen teilnehmen möchte, muss er erst einmal ins 32 km entfernte Bad Salzungen fahren, um dort bei der Ausländerbehörde eine Erlaubnis zum Verlassen seines Landkreises zu beantragen. Allein die Zugfahrt dorthin kostet ihn 35 DM, für die Ausstellung der Reiseerlaubnis muss er dann noch 15 DM zahlen. Als Asylbewerber stehen ihm jedoch nur 80 DM monatlich zur Verfügung. (Manchmal, wenn er mit Freunden aus seiner Unterkunft auf der Strasse Fußball spielt, und der Ball über die Landkreisgrenze fällt, müssen sie deutsche Passanten fragen, ob sie den Ball wiederholen, weil sie Angst haben, dass eine Polizeistreife vorbeikommt, und sie kontrolliert.)

Polizeikontrollen kennt Jose Maria zu Genüge. Vor mehr als einem Jahr reiste er mit einer Delegation der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen durch mehrere Städte in Deutschland, um über die Situation in seinem Herkunftsland und über Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in Deutschland zu informieren. Dabei geriet er dreimal in Polizeikontrollen. Da er eine entsprechende Erlaubnis zum Verlassen seines Landkreises nicht vorweisen konnte, wurde ihm kurze Zeit später ein Ausweisungsbefehl zugestellt. Er sei ein Sicherheitsrisiko für die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, eine Gefahr für die Innere Sicherheit, heißt es in dem Befehl, wohlgermerkt nur, weil er von seinem Grundrecht auf Bewegungsfreiheit Gebrauch gemacht hat.

Die Residenzpflicht verpflichtet jeden Flüchtling, in seinem bzw. ihrem Landkreis zu bleiben. Wird man außerhalb des Landkreises von der Polizei kontrolliert, bekommt man beim ersten Mal eine Strafe von 100 DM, die man allerdings nicht zahlen kann, da man als Flüchtling von dem unzureichenden Betrag von 80 DM in der Regel 50 DM für Anwaltskosten zahlen muss, um gegen die Abschiebung zu kämpfen. Die Hausmeister der Flüchtlingsunterkunft erstellen täglich Anwesenheitslisten, um nachzuprüfen, ob alle Flüchtlinge da sind oder nicht. Ist ein Flüchtling für mehrere Tage nicht in der Unterkunft gewesen, kann er damit bestraft werden, seine Unterkunft zu verlieren. Das Sozialamt wiederum bestraft, indem es die ohnehin schon mickrige Sozialleistung und die Lebensmittelgutscheine kürzt. Oder indem es die betreffende Person wöchentlich auszahlt, um sie dazu zu zwingen, den Landkreis nicht zu verlassen. So haben Flüchtlinge nicht genug Geld, um

sich zu ernähren, geschweige denn die Geldstrafen von 100 DM und mehr zu bezahlen. Dies wiederum bedeutet, dass er bzw. sie dann in Haft genommen werden. In der Haft werden sie mit rassistischer Behandlung und Erniedrigung konfrontiert. Routiniert wird die Würde von vielen Flüchtlingen in solcher Haft gebrochen. Auf diese Weise werden sie auf eine sogenannte "Freiwillige Ausreise" vorbereitet.

Die augenblicklichen Erklärungen der deutschen PolitikerInnen sind für uns reiner Hohn. Wie können sie sich öffentlich gegen den Neo-Naziterror aussprechen, wenn sie nahezu zwei Jahrzehnte die Grundlage dafür geschaffen haben. Sie haben uns von der deutschen Gesellschaft isoliert. Sie haben uns erniedrigt und terrorisiert. Die Residenzpflicht, vergleichbar mit den Passgesetzen des ehemaligen Apartheidregimes in Südafrika, ist der ausdrückliche rechtliche Beweis dafür. Die Flüchtlinge der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen haben sich dazu entschieden, eine Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen die Residenzpflicht zu starten. Wir werden nicht wie das Kaninchen vor der Schlange darauf warten, dass die

Neo-Nazis uns weiter terrorisieren! Wir werden uns gegen diese ungerechte Gesetzgebung wehren, die uns daran hindert, uns zu organisieren.

Bitte schreiben sie Protestfaxe an Bundeskanzler Gerhard Schröder (Bundeskanzleramt in Berlin, Fax: 030-4000-2357), in denen Sie ihn auffordern, für die sofortige Abschaffung der rassistischen Sondergesetzgebung der Residenzpflicht für Flüchtlinge zu sorgen. Bitte senden Sie eine Kopie an den Menschenrechtsverein.

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, weitere Infos über:

**Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V.,
Wachmannstr. 81,
28209 Bremen,
Tel.: (0421) 5577093, Fax: (0421) 5577094
oder
<http://www.humanrights.de/>**



Petition für die Abschaffung des Gutscheinsystems

Auf Weisung der Landesregierung von 1998 geben alle Kommunen Niedersachsens die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) an Flüchtlinge nur noch in Form von Gutscheinen bzw. Chipkarten anstelle von Bargeld aus. Die Kommunen tun dies vielfach gegen ihren Willen, da das Gutscheinsystem die kommunalen Kassen zusätzlich belastet. Auch für die (Einzel-)HändlerInnen vor Ort entstehen zusätzliche Kosten.

Für Flüchtlinge bedeutet das Leben mit Gutscheinen Bevormundung (keine freie Wahl der Geschäfte und Artikel), Demütigung und sichtbare Abstempelung als unerwünschte Personen. Jeder Einkauf wird zur Praxisprüfung im Kopfrechnen, da eine Bargeldrückgabe nur begrenzt möglich ist. KassiererInnen werden durch das Gutscheinsystem zu OrdnungshüterInnen gemacht, die den Einkauf ihrer Gutschein-KundInnen überprüfen sollen. Viele alltägliche Dinge können mit Gutscheinen nicht bezahlt werden, z.B. Buskarten, Briefmarken, Telefonkarten, Kopfschmerztabletten und insbesondere die für Flüchtlinge unverzichtbaren RechtsanwältInnen. In vielen Kommunen gibt es kommerzielle GutscheinhändlerInnen, die die Notlage der Flüchtlinge ausnutzen und Flüchtlingen die Gutscheine unter Wert abkaufen.

Im Gegensatz dazu solidarisieren sich zahlreiche Menschen mit den GutscheinempfängerInnen, tauschen Gutscheine im Verhältnis 1:1 in Bargeld um und setzen sich für die Abschaffung des Gutscheinsystems ein. Mindestens 20 organisierte Umtauschinitiativen von Flüchtlingen, MigrantInnen und Deutschen gibt es in Niedersachsen. Darüber hinaus schaffen Flüchtlinge untereinander vielfach privat Solidaritäts-Tauschnetze.

Wir finden es unerträglich, Flüchtlinge aus offen erklärtem Abschreckungswillen zu Menschen zweiter Klasse zu degradieren und so den latenten und offenen Rassismus in der Bevölkerung zu schüren. Das AsylbLG ermöglicht sowohl die Gutschein- als auch die Bargeldausgabe. Alle Nachbarländer Niedersachsens haben auf den Zwang zur Gutscheinausgabe verzichtet und den Kommunen die Wahl gelassen.

Wir fordern daher die Landesregierung Niedersachsens auf, die Weisung von 1998 zurückzunehmen und den Kommunen so die Ausgabe von Bargeld an Flüchtlinge wieder zu ermöglichen.

Name	Adresse	Unterschrift
.....
.....

initiiert vom Niedersächsischen Plenum gegen rassistische Sondergesetze. Bitte zurücksenden an:
Plenum, c/o Umtauschinitiative Hildesheim, Lessingstr. 1, 31134 Hildesheim, Tel.: 05121/132820

Blutiger Lorbeer

**Der Sieg der Nato hat dem albanischen Faschismus zum Durchbruch verholfen.
Das erste Jahr im Protektorat Kosovo - eine Bilanz**

»Der Nationalismus wird auf brutalste Art und Weise ... betrieben ... Ich sehe eine Parallele zu diesem primitiven Faschismus. Es ist offensichtlich: Die 30er Jahre sind wieder da, und das können wir nicht akzeptieren.« Joseph Fischer hatte durchaus Recht, als er die Verhältnisse im Kosovo so charakterisierte - die Worte kamen nur ein paar Monate zu früh. Nicht vor dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien, sondern erst hinterher begegnet einem auf dem Amselfeld die Fratze der 30er Jahre: Pristina ist judenfrei, die Volksfremden sind vertrieben, auf den Straßen wütet der Mob, die Geheimpolizei ist überall, die wenigen Überlebenden zittern in Ghettos um ihr Leben. Wie Mussolini ist Albanerführer Thaci von Sturmtruppen mit schwarzen Hemden umgeben und träumt von einem archaischen Großreich, doch ein Umstand läßt den vorurteilslosen Betrachter von einer zu schnellen Gleichsetzung Abstand nehmen: Die Herrschaft des schwarzen Doppeladlers wurde, anders als die der Fasces, nicht aus eigener Kraft errichtet, sondern mit Hilfe von außen, mit Hilfe der Nato. Mit einer Streitmacht von 40.000 Soldaten hält sie bis heute die Provinz besetzt - ein Ländchen von der Größe Hessens - und verhindert doch nicht, was dort geschieht.

Der Lynchmob

Manchem mag die Kennzeichnung der Zustände im Nato-Protektorat als Faschismus zu agitatorisch erscheinen. Doch es war ein Albaner, der diesen Begriff zuerst verwendet hatte: Ende August 1999 erschien in »Koha Ditore«, einer der größten Tageszeitungen des Kosovos, ein Leitartikel ihres Herausgebers Veton Surroi unter der Überschrift »Kosovo-Faschismus - die Schande der Albaner«. Surroi, der immerhin Mitglied der kosovo-albanischen Delegation in Rambouillet gewesen war und dort die Führungsrolle Thacis akzeptiert hatte, schrieb: »Die heutige Gewalt - mehr als zwei Monate nach der Ankunft der Nato-Truppen - ist mehr als nur eine emotionale Reaktion. Es ist die organisierte und systematische Einschüchterung aller Serben, weil sie Serben sind und deswegen kollektiv für das verantwortlich gemacht werden, was im Kosovo geschah. Diese Verhaltensweisen sind faschistisch. Mehr noch, genau gegen solche Verhaltensweisen ist das Volk von Kosovo in den letzten zehn Jahren aufgestanden und hat sich gewehrt, zuerst friedlich und dann mit Waffengewalt.«

Obwohl Surrois Engagement wichtig und mutig war - unmittelbar nach Erscheinen der Ausgabe erhielt er aus UCK-Kreisen eine Morddrohung -, ist seine Gleichsetzung des albanischen Terrors nach dem Krieg mit dem serbischen vor dem Krieg ungenau und daher falsch. Ein exemplarischer Fall mag den Unterschied demonstrieren.

Am 29. November 1999 wurde in Pristina Dragoslav Basic ermordet, seine Frau und seine Schwiegermutter wurden

schwer verletzt. Professor Basic hatte an der Universität im kalifornischen Berkeley gelehrt und von dort auch wieder einen Lehrauftrag bekommen. »Ein albanischer Akademiker bestätigte, daß Basic nicht der Verwicklung in Morde, Brandstiftungen und Plünderungen verdächtig war, die es vor den und während der Nato-Luftschläge gegeben hatte,« schrieb die Agentur Reuters zur Person des Professors. Über den Mord berichtete die »New York Times«: »Sonntag abend waren die Basics zu Frau Jovanovic (der Schwiegermutter, Anm. J. E.) in Pristina gefahren, um sie nach Hause zu bringen. Frau Jovanovic war Ende August zusammengeschlagen worden, als Teenager bei ihr eingebrochen hatten. Trotzdem lebte sie weiter allein. Aber der sonntägliche Feiertag, bei dem Hunderte von Albanern ihren Flaggentag begingen, Feuerwerkskörper abbrannten und in die Luft schossen, machte ihr angst. »In der Stadt war eine riesige Menschenmenge«, sagte Tomislav Basic (der Sohn, Anm. J. E.)... »An einer Straßenecke mußten wir anhalten. Leute kamen zum Wagen und umringten ihn. Sie fragten nach irgendeinem Ausweis. Mutti und Vati versuchten, englisch zu sprechen, weil serbisch in Pristina nicht erlaubt ist, aber irgendeiner der Bande fand heraus, daß wir Serben sind. ... Sie erschossen ihn wie einen Hund auf der Straße.«



>>Man kann nicht anders als bombardieren<<
Joseph Fischer, Aussenminister

Britische Kfor-Soldaten schilderten gegenüber AP die Stimmung des Mobs. »Die Peace-Keeper rasten zum Tatort und bahnten sich einen Weg durch die Menge der Albaner, die anti-serbische Sprechchöre riefen und im Halbkreis um den brennenden Wagen standen. Die Soldaten drängten die Menge zurück, damit die Ärzte zu Basic, seiner Frau und deren Mutter durchkommen konnten. ... Einige saßen auf einem Zaun, um besser sehen zu können.

nen. Viele klatschten. »Es war wie bei einem Fußballspiel«, sagte ein Soldat. Die Ärzte und andere, die sich verzweifelt um die Opfer bemühten, wurden bald selbst angegriffen, mit Feuerwerkskörpern beworfen, die auf ihre Köpfe zielten.« Unmik-Offizielle beklagten, daß sich »von hunderten Zuschauern, Augenzeugen einer brutalen Attacke auf unschuldige Leute, keiner gemeldet hat, um die Killer zu identifizieren und sie der Gerichtsbarkeit zu übergeben« (AFP).

Der Fall demonstriert den Unterschied zwischen serbischer und albanischer Herrschaft im Kosovo: Auch vor dem Krieg wurden unschuldige Zivilisten in Pristina ermordet. Doch dies waren immer Verbrechen, die - sofern sie auf das Konto der Serben gingen - von Kriminellen oder Paramilitärs bei Nacht und Nebel ausgeführt wurden. Die Täter mußten verdeckt vorgehen, weil sie wußten, daß große Teile, wenn nicht die Mehrheit der serbischen Bevölkerung ihre Taten nicht billigten und sie zur Anzeige bringen würden. Seit die UCK unter den Augen der Kfor die Herrschaft übernommen hat, wird in aller Öffentlichkeit geraubt und massakriert. Das Pogrom ist ein Volksfest, wie bei der sogenannten Reichskristallnacht 1938.

Pristina ist judenfrei

Daß der albanische Nationalismus gegenüber Minderheiten sehr viel intoleranter ist als der serbische, läßt sich vielleicht am besten am Beispiel der Roma zeigen. Deren Verfolgung durch albanische Nationalisten begann schon während des Krieges, ohne daß die Öffentlichkeit in den westlichen Staaten davon erfuhr. »Anfang Juni 1999 griffen mehrere tausend kosovo-albanische Flüchtlinge im Flüchtlingslager Stenkovac in Mazedonien eine Zigeunerfamilie an, die sie der Kollaboration mit den Serben beschuldigten. Hilfskräfte mußten verhindern, daß ein siebenjähriger Junge vom wütenden Flüchtlingsmob in Stücke gerissen wurde, nachdem der den Vater und Bruder des Jungen geschlagen hatte«, heißt es in einer Studie eines Nato-nahen Think Tanks, der International Crisis Group. Bereits Anfang Juli, drei Wochen nach dem Nato-Einmarsch, forderte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma »Sofortmaßnahmen« der Kfor, da die UCK »mit blutigem Terror Kosovo albanisieren« wolle. Der Appell verhallte ungehört: Weitere vier Wochen später berichtete die »Gesellschaft für bedrohte Völker« von 90.000 geflüchteten Roma. Selbst diese seit langem anti-serbisch eingestellte Vereinigung mußte den Unterschied zur Zeit der serbischen Herrschaft im Kosovo einräumen: »Jetzt haben Roma und Aschkali keinen Platz mehr im Kosovo. Dabei hatten sich diese Minderheiten einen bescheidenen Wohlstand erarbeitet, waren fest ansässig und integriert.«

Das Schicksal der Juden erscheint auf den ersten Blick nicht so dramatisch wie das der Roma, weil ihre Gemeinschaft im Kosovo sehr viel kleiner war. Doch der albanische Mob verwirklichte, was den Nazis nicht gelang: Heute ist das Kosovo judenfrei. »Ende Juni (1999) muß-

ten vier Generationen der Familie Princevic und andere Juden aus Pristina fliehen - das war fast das Ende für fünf Jahrhunderte jüdischer Siedlung im Kosovo ... Weil Herr Princevic und seine Familie gute Beziehungen mit Albanern hatten und albanische Nachbarn während der ethnischen Säuberungen des Kosovos durch serbische Streitkräfte beschützt hatten, glaubten sie keinen Grund zur Flucht zu haben, als sich die Serben zurückzogen. Sie glaubten auch an die Garantien der internationalen Gemeinschaft und die Versprechungen der Nato ... Aber als schwebewaffnete albanische Paramilitärs eintrafen, offensichtlich aus Albanien, fanden sich die Juden Pristinas als Zielscheiben und Opfer ... Im April 1944 drangen albanische Faschisten auf Geheiß der Gestapo in die Wohnungen der 1500 Juden Pristinas ein und plünderten sie, die meisten wurden nach Bergen-Belsen deportiert. Die Mutter von Herrn Princevic, Bea Mandil, war eine der wenigen, die der Verschleppung entkam, aber ihre weitverzweigte Familie wurde im Holocaust fast ausgelöscht ... Die acht Apartments und drei Häuser ihrer großen Familie in Pristina wurden geplündert und zerstört. Jetzt lebt sie in beengten Verhältnissen in einer Belgrader Wohnung ... «, hieß es in der kanadischen Tageszeitung »The Globe and Mail« Ende August 1999.

Mittlerweile werden auch die Minderheiten gejagt, die traditionell den Serben eher feindlich gegenüberstehen. Selbst die »FAZ« mußte zum Jahresende 1999 bestürzt feststellen: »Es hat sich gezeigt, daß die Gewalt sich nicht »verbraucht«, wenn erst alle Serben und Roma verjagt worden sind. Sie kann sich vielmehr gegen jeden richten.« Zum Beispiel gegen Kroaten: »Während des Monats Mai (2000) führten albanische Terroristen eine Anzahl von Angriffen gegen die Kroaten des Ortes Janjevo durch, der tatsächlich unter dem Druck der Terroristen der sogenannten UCK leergefegt worden ist: Von seinen 1500 kroatischen Einwohnern blieben 350 zurück«, heißt es in einem aktuellen Memorandum der Belgrader Regierung.

Die letzte Stufe des rassistischen Extremismus ist erreicht, wenn er auch im vorher postulierten »eigenen Volk« wütet, um Verräter auszumerzen. Seit einigen Monaten trifft »die Gewalt zunehmend Albaner ... »Es sind nicht mehr viele Serben zum Töten übrig geblieben«, meinte dazu ein Vertreter der Unmik«, schrieb »Le Monde Diplomatique« im März 2000. Und weiter: »In vielen Dörfern richteten sich die Übergriffe gegen Funktionäre des Demokratischen Bundes von Kosovo (LDK), der Partei von »Präsident« Ibrahim Rugova, die sich inzwischen verstecken müssen.« Auch die 100.000 Albaner katholischen Glaubens gegenüber ihren eineinhalb Millionen muslimischen Landsleuten eine kleine Minderheit - stehen unter Druck; ihre Gottesdienste müssen von der Kfor geschützt werden.

Die Mafia und ihre Paten

Zu politischen Motiven gesellt sich kriminelle Profitgier - die UCK ist tief in den Handel mit Sexsklavinnen und Drogen verstrickt (vgl. KONKRET 3/1999). »Etwa

hundert albanische Mädchen und junge Frauen sind laut Informationen des Zentrums für Frieden und Toleranz innerhalb eines Monats allein in der Region Pristina gekidnappt worden«, berichtete der »Spiegel« Ende Februar. Kann man sich vorstellen, daß in Hamburg-Altona oder Berlin-Kreuzberg, deren Bevölkerung etwa so groß ist wie die der Region Pristina, innerhalb von vier Wochen 100 Mädchen verschleppt werden und das den meisten Medien höchstens eine beiläufige Erwähnung wert ist?

Auch bundesdeutsche Politiker müssen ab und zu das Ausmaß der Gewalt im Kosovo beklagen, doch verweisen sie in diesem Zusammenhang auf kriminelle Elemente oder radikale Splittergruppen. Fakt ist jedoch, daß der Terror vom Nato-Partner UCK organisiert wird, weil die Entwaffnung der UCK und deren Umwandlung in ein ziviles KosovoSchutzkorps (TMK) vollständig fehlgeschlagen sind. »Ein Jahr nach den Nato-Luftangriffen gegen Jugoslawien: Im Kosovo blüht die Organisierte Kriminalität. Ehemalige UCK-Kämpfer handeln mit Drogen, Menschen und erpressen Schutzgelder. Die Uno scheint machtlos und blockiert ihre eigenen Ermittlungen«, faßte das »Hamburger Abendblatt:« die Erfahrungen deutscher Kosovo-Polizisten zusammen. Für den Unmik-Polizisten München ist »TMK ... nur ein anderes Wort für Mafia«. »Wer nicht zahlt, wird mit dem Tod bedroht,« resümierte Ralf Dockenfuß vorn LKA Kiel das Geschäft mit den Schutzgeldern. Besonders deprimierend ist für ihn, daß die Spitzen von Unmik und Kfor, der Franzose Bernhard Kouchner und (damals) der deutsche General Klaus Reinhardt, die Schutzgeld-Mafia um Hashim Thaci protegieren. »Auch gegen die selbsternannten UCK-Bürgermeister der Region Prizren«, so München, »gingen Dockenfuß und seine Kollegen vor. Mit >offiziellen< Dekreten wollten die Kosovaren Bosniaken und Serben aus Häusern und Läden vertreiben. >Das lief im Rahmen der ethnischen Säuberungen«, sagte Dockenfuß. Immer mehr kam zusammen: illegale Gebühren für Baugenehmigungen, illegale Umbenennungen von Dörfern und Straßen. Als die Ermittler auf ein Verkündungsblatt Thacis stießen, die >Official Gazette of Kosova<, wurde ihnen klar, wie systematisch die Exmilizen voringen. Auf 38 Seiten legte Thaci einen Gesetzestext vor, der alles von der Steuer über das Kommunalwesen bis zur Nationalität regelte - komplett an der Uno, der eigentlichen Autorität in der Provinz, vorbei. Die Polizisten bündelten das Material zu einem >vertraulichen Bericht< und empfahlen im Dezember 1999 eine Razzia gleichzeitig in allen Kommunen der Region Prizren. >Die Akte wanderte ganz nach oben«, sagt einer der Ermittler. Bis zum obersten Uno-Verwalter Bernhard Kouchner in Pristina. >Es dauerte keine Woche, bis Kouchner mündlich verfügte, daß die Akte geschlossen werde.« München faßt die Macht des UCK-Bosses in einem anschaulichen Beispiel zusammen: »Von jedem Schnitzel, das ich hier esse, bekommt Thaci 50 Pfennig.«

Nach einem Dossier der International Crisis Group vom Mai 2000 ist der Terror der UCK nach deren angeblicher Dernilitarisierung letzten Herbst nicht schwächer, son-

dern stärker geworden: »Während die Vendetta gegen die Serben und ihre >Kollaborateure< anfänglich großteils spontan war - wenn UCK-Mitglieder darin verwickelt waren, so waren sie es nicht allein -, scheint in jüngster Zeit die Gewalt organisierter und mehr mit UCK-Elementen in Verbindung zu stehen. Die Gewalt gegen LDK-Mitglieder ist schwerlich anders zu erklären, als daß sie im Rahmen höherer UCK-Strukturen geplant und organisiert wird.«

Archipel Kosovo

Ende März 2000 alarmierte Sefko Alomerovic, der Präsident des Helsinki-Komitees des vorwiegend von Muslimen bewohnten serbischen Bezirks Sandschak, die Uno mit »zuverlässigen Beweisen über die Existenz von sechs Konzentrationslagern, in denen die Albaner verschleppte Bürger serbischer Nationalität gefangenhalten«. Wenn auch der Ausdruck »Konzentrationslager« falsche historische Assoziationen weckt, ist doch die Aussage selbst bestürzend genug, zumal sie von einem Mann geäußert wurde, der seit Jahren die Belgrader Regierung immer wieder wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen attackiert hat. Gewöhnlich 50 Verschleppte sind laut Alomerovic »meist in Heizungsräumen, Garagen und Kellern von öffentlichen und privaten Gebäuden« untergebracht und werden »falls erforderlich an andere Orte gebracht«. Zuständig für die Lager sei der Chef der UCK-Geheimpolizei, Aljos Malja.

Unmik und Kfor haben die Vorwürfe des Helsinki Komitees dementiert. Allerdings hat auch das Internationale Rote Kreuz 346 Serben registriert, die von bewaffneten Albanern gekidnappt worden sind - Aufenthaltsort unbekannt.

Der Verbleib anderer serbischer Gefangener ist hingegen klar: Im Juni 2000 saßen 466 in Unmik-Gefängnissen ein, davon 43 seit elf Monaten ohne jede Anklage oder Prozeß. Im Unterschied dazu haben albanische Verbrecher nicht das mindeste zu befürchten. »Mörder kommen im Kosovo nach spätestens 72 Stunden wieder frei, weil die Kapazitäten des Gefängnisses nicht ausreichen oder die Richter sich nicht trauen, Strafen auszusprechen«, weiß München. Es ist unfaßbar: Kein einziges der über eintausend Tötungsdelikte seit dem Einmarsch der Nato ist bisher gesühnt - so die »Irish Times« Anfang Juli 2000.

Die Mordbilanz

Der vollständige Bankrott von Unmik und Kfor wird mittlerweile ebenso offen wie ungeniert eingestanden. Kouchners Stellvertreter, der Deutsche Tom Koenigs, verkündete im Januar 2000, daß »die Vereinten Nationen ihr 1999 erklärtes Ziel, die Schaffung eines >multi-ethnischen Kosovo<, von der Tagesordnung abgesetzt haben«.

Doch es geht nicht nur um den Bruch geschlossener Verträge - Multiethnizität und Zugehörigkeit der Provinz zu Jugoslawien wurden in der UNResolution 1244 völkerrechtlich zugesichert -, sondern für viele um das nackte

Überleben: Der überwiegende Teil der nicht-albanischen Bevölkerungsgruppen ist gewaltsam aus dem Kosovo vertrieben worden. Das UN-Flüchtlingswerk ging bereits Mitte März 2000 von mehr als 180.000 Flüchtlingen aus, das jugoslawische Rote Kreuz von 204.000, die jugoslawische Regierung von 350.000. Auch die relativ niedrigste Zahl, die des UNHCR, bedeutet, daß mehr als die Hälfte der Minderheitenbevölkerung aus dem Kosovo gejagt wurde - niemals vor dem Krieg mußte ein auch nur annähernd großer Prozentsatz der Kosovo-Albaner aus der Provinz fliehen.

Viele Hunderte entschlossen sich zu spät zur Flucht: Sie wurden erschossen, erstochen, erschlagen, verbrannt, zerfetzt. Vergleicht man die Mordstatistik des Jahres vor dem Krieg mit der des Jahres danach, erhält man ein Bild von den Resultaten des Menschenrechtsinterventionismus: In dem Jahr vor dem Krieg, zwischen März 1998 und März 1999, wurden nach Angaben des UN-Menschenrechtsbeauftragten Jiri Dienstbier 1818 Einwohner des Kosovos getötet. Die Mehrzahl starb bei den erbitterten Gefechten zwischen der UCK und den serbischen Sicherheitskräften bis Ende September 1998. (Nota bene: In der Zeit nach dem Milosevic-Holbrook-Abkommen vom Oktober 1998 »habe die UCK mehr Kosovo-Albaner umgebracht als die Serben« - so vertrauliche Berichte von OSZE-Beobachtern, zitiert in einer ARD-Dokumentation vom 29.10.1999).

Im Jahr nach dem Krieg, zwischen dem 10. Juni 1999 und dem 4. Juni 2000, das heißt in einer Zeit ohne kriegerische Auseinandersetzung und in Anwesenheit einer angeblich »robusten« Friedenstruppe, wurden nach Angaben der jugoslawischen Regierung 1027 Menschen getötet und weitere 945 verschleppt - auch um ihr Leben muß man fürchten.

Haben Sie, liebe Leserin und lieber Leser, in diesem Jahr nach dem Kfor-Einmarsch in den Nachrichtensendungen auch nur ein einziges Mal die Begriffe gehört, mit denen Sie im Jahr vor dem Krieg bombardiert wurden - »ethnische Säuberung«, »Völkermord«, »humanitäre Katastrophe«? Ist Ihnen irgendein Prominenten-Appell bekannt, der die ermordeten Serben, Roma und Bosniaken beklagte? Eine Spendensammlung, um die Not der Flüchtlinge zu lindern? Ein Solidaritätskonzert von Künstlern, wenigstens eine Sondersendung nach der Tagesschau?

Es gab nichts davon. Nichts. The sound of silence. Ein tödliches Schweigen, nur unterbrochen von den mörderischen Lügen, die Schröder, Scharping und Fischer weiter erzählen, ohne daß ihnen jemand den Mund verbietet.

Jürgen Elsässer

entnommen aus der konkret 8/2000

Neue Quellen erschlossen: Die Geschichte des Lagers Bergen-Belsen

Das Konzentrationslager Bergen-Belsen in Niedersachsen gilt neben dem KZ Auschwitz in besonderer Weise als ein Symbol für die Barbarei der Nazis. Innerhalb des umfangreichen Systems der Lager während der Zeit des „Dritten Reiches“ nimmt das KZ Bergen-Belsen eine Sonderstellung ein. Das erst am 10. Mai 1943 gegründete „Auffanglager“ sollte ursprünglich nicht der Vernichtung von Häftlingen dienen, sondern einem Geschäft, nämlich dem Tausch jüdischer Insassen gegen die von westlichen Kriegsgegnern internierten Reichsdeutschen oder einem Tausch von Häftlingen gegen Güter für die deutsche Kriegswirtschaft. Unter dem Titel „Zwischen Menschenhandel und ‘Endlösung’.

Das Konzentrationslager Bergen-Belsen“ hat die Historikerin Alexandra-Eileen Wenck im Verlag Ferdinand Schöningh (Paderborn) anhand neu erschlossener Quellen eine umfassende Darstellung über die Geschichte des Lagers vorgelegt (444 Seiten, 68 Mark). Die Verfasserin stellt den „Menschenhandel“ der Nazis und die Austauschaktionen des Deutschen Reichs mit Großbritannien, den USA und Palästina dar, beschreibt die Vorgeschichte und Einrichtung des „Zivilinterniertenlagers“ und legt dar, wie die im Kriegsverlauf forcierte Radikalisierung der Rassenpolitik dazu führte, dass aus dem „Vorzugslager“ doch ein Vernichtungslager wurde.



Der Obelisk auf dem Gelände des ehem. KZ Bergen- Belsen

Alexandra-Eileen Wenck
„Zwischen Menschenhandel und ‘Endlösung’. Das Konzentrationslager Bergen-Belsen“
 Verlag Ferdinand Schöningh,
 444 Seiten, 68 Mark

„Ein politischer Song läßt mich immer zwiespältig zurück; - es sei denn er ist von Bob Dylan oder mir.“

(Leonard Cohen , zitiert nach dem PEN-Vorsitzenden Said Who the fuck is Harry P. ?

Der englischen Jugendbuchautorin J.K. Rowling ist innerhalb von einigen wenigen Jahren das (Zauber?-) Kunststück gelungen, die Bestsellerlisten weltweit durcheinander zu würfeln, ihre bisher vier -von beabsichtigten sieben- Bände mit den Erlebnissen des Jungen Harry Potter nehmen sämtlich die Spitzenplätze der Verkaufs-Charts ein. Die alleinerziehende Mutter lebte vor fünf Jahren noch von der Stütze und ist heute unter den reichsten Leuten Großbritanniens. Insgesamt höchst verdächtige Ingeredienzien, wenn es um gute Bücher gehen soll, zumal das setting der Abenteuer ebenfalls höchst stromlinienförmig angelegt ist: der Junge Harry erfährt im Alter von elf Jahren, daß er beileibe kein ganz normales Kind ist, das wegen des Todes seiner Eltern ungeliebt bei Onkel und Tante aufwachsen muss, sondern, daß er zu der großen Gemeinde der unter den Menschen (Muggeln) lebenden Zauberern gehört . Nun jedoch ist die Zeit reif für ihn, das Internat für angehende Zauberer und Hexen zu besuchen; Harry lernt die verschiedensten AltersgenossInnen kennen und durchlebt die (typisch britisch gezeichneten) Freuden und Ärgernisse des Schulalltags....

Doch -der rote Faden durch alle Bände, und womöglich der erste Grund, weshalb auch „Erwachsene“ die PotterBücher verschlingen- Harry und seine Freunde Ron und Hermine müssen erfahren, daß die Kräfte des Guten wie des Bösen auch in die anfängliche Beschaulichkeit der Schule eindringen. Spätestens mit Band vier („Harry Potter and the goblet fire“ -erscheint Mitte Oktober auf deutsch) erreichen sowohl die schlichte Spannung der Handlung, als auch die Dichte des dramaturgischen Ablaufes eine Intensität, die über bloßes Jugendbuch weit hinausreicht. Rowling gelingt das Anrühren an archaische Tiefen -nicht vorschnell wird sie in GB bereits mit Tolkien und Lewis Carrol verglichen- und ihre Geschichte verwandelt sich in eine Tür in dem Sinne Blakes: ‘Es gibt Dinge die bekannt sind und solche die unbekannt sind, - dazwischen sind Türen ‘ - ein Wort, das nicht zufällig einer Rockband von einigem Einfluss zu ihrem Namen verhalf. Wie ein stimmiger Song kann (nicht: muss!) eine stimmige Geschichte Dir helfen, zu Dir selbst zu kommen; sie läßt Dich fragen, was das Alles mit Dir selber zu tun haben mag; - fragen , wie das zu unterscheiden sei, das Richtige vom Falschen , -und wie findest Du die Mittel und natürlich auch die Leute mit denen Du Dich auf den Weg machst. Und Leute mußst Du finden ! Des Rezensenten Rat: ‘Es gibt Leute die sind ingerostet, und es gibt Leute, die sind das nicht.’ Die Letzteren sollten einmal prüfen, ob die Potter-Bücher sie zwiespältig zurücklassen.

GEPUNKT

„Immer, immer sind wir von Einsamkeit umgeben“

(ET. Hansen-. „Choral..“)

“Ein Mittel gegen die Schwerkraft“

Teufel noch eins, es gibt sie doch tatsächlich immer mal wieder auch: Menschen, denen eine lebendige Seele eigen zu sein scheint. So einer hat letztes Jahr ein Buch geschrieben über sich und seine Lebensgeschichte, über Künste, Menschen, Gesellschaft und über Musik.

Joe Jackson, in den 70ern/Anfang der 80er Jahre einer der bekannteren Singer/Songwriter aus GB, den mensch etwa in eine Schublade mit den Kollegen aus der NewWave Ecke wie etwa Ian Dury, Graham Parker und naturalmente big Elvis Costello packen könnte. Und das geht dann etwa so (unser Autor ist Anfang 20 und wartet mit seiner ersten „richtigen“ Band auf einen Auftritt in einem verregneten Provinzstädtchen):

„...ein Tag der im Kalender genausogut fehlen könnte; Weihnachten und Neujahr sind vorbei und das Jahr 75 kommt nur mühsam in Gang. Auch ich habe Probleme, in Gang zu kommen, letzte Nacht hatten wir einen späten Auftritt und ich habe einen Kater. ..Ich gestehe: Ich habe eine philosophische Ader. Ich frage mich nicht nur, warum ich das hier mache, sondern auch, warum irgend jemand das jemals gemacht hat und wie. .. Wie konnte Beethoven dieses unglaubliche Violinkonzert schreiben? Momentan höre ich mehr Bowie als Beethoven aber ich denke darüber nach, mich wieder mit der Geige zu beschäftigen. Sie war mein erstes Instrument. Wenn ich einen Weg fände, sie elektrisch zu verstärken, könnte ich sie in der Band einsetzen. Ich habe gesehen, wie Leute an einer akustischen Gitarre ein kleines Pickup benutzen, das könnte man auf den Geigensteg setzen..

Ich denke, ich sollte mir dieses Violinkonzert mal wieder anhören, und dann strömt plötzlich eine ganze Sequenz daraus in mein Bewußtsein. Sie steckt in mir drin! Wie eine Schaltplatte oder ein Tonband ist sie in meinem Gehirn gespeichert. Ich kann das Stück geradezu hören, bei dem das lyrische zweite Thema des ersten Satzes um eine Oktave ansteigt und sich perfekte, kleine Vermietungen herumranken. Jedesmal wenn ich diese Stelle höre, merke ich, wie mir Tränen in die Augen steigen. An dieser Stelle kann die Musik gar nicht anders weitergehen. Nicht eine Note könnte man hinzufügen, wegnehmen oder ändern, und ich beginne mich zu fragen ob der Komponist dies wirklich selbst geschrieben hat, oder ob es eine göttliche Eingebung war..

Und ich sitze hier und mache mir Sorgen wegen eines Konzerts in Basingstoke, in einem Club namens „Pen and Parchment“.... Aber, wer weiß, dieses Konzert könnte unser bisher bestes werden. Es gibt ein musikalisches äquivalent der Redensart, daß man den Rausch am besten mit einem Schluck Alkohol bekämpft. Es kann sein daß

du nicht gerade begeistert bist, aufzutreten, vielleicht sogar Angst davor hast. Aber sobald du die Bühne betrittst und richtige, lebendige Menschen vor dir hast, passiert etwas. Auf einmal ist es ernst, jetzt mußt du etwas bringen, und alle deine Sinne sind geschärft. Und manchmal kannst du an den gräßlichsten Orten den größten Spaß haben, wenn es dir gelingt, das Publikum auf deine Seite zu ziehen...

Wer sowas schreibt, kann kein ganz schlechter Musiker sein; und auch kaum ein ganz mieser Mensch. Jacksons Buch jedenfalls ist ein echtes Mittel gegen Schwerkräfte vielerlei Art. Und lesenswertest.
GEPUNKT

Literatur?

„Vision Celle 2031“ von Martin Biermann

Als „Nachschlag“ zur sogenannten Stadtleitbild-Diskussion wurde den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe noch eine kleine utopische Erzählung von OStd. Martin Biermann zugesandt. RWLE Möller rezensiert dieses literarisches Erstlingswerk, dass unter dem Titel „Vision Celle 2031“ im Selbstverlag erschien und kostenlos bei der Stadt Celle zu bekommen ist.

Vision ist die latinisierte Form von Gesicht im Sinne eines Blickes in die Zukunft. Laut Brockhaus ist sie eine „Gesichts-, Sinnestäuschung oder als Wirklichkeit empfundene anschauliche Vorstellung, z.B. in ekstatisch-religiösen Zuständen.“ In heimischen Gefilden wurden solchen Täuschungen unterliegenden Propheten als „mit dem 2.Gesicht“ versehen, oder - in der platten Heide - als Spökenkieker (Spukseher) - bezeichnet, eine verbliebene Kümmerform der Hexen und Hexerische, die die Kirche getreu dem Motto „Du sollst keine anderen Spökenkieker haben neben mir!“ verfolgte und ermordete. Visionen zu haben, war also damals nicht ungefährlich, obschon die Zeiten, in denen visionärer Größenwahn die europäische und koloniale Welt knechten und entvölkern sollten, erst bevorstanden. Im postmythologischen Heute ist die Vision zur neoliberalistischen Phrase des „Alles-ist-machbar“-Politikers geworden, der sein mo-

dernes Gesicht nicht verlieren will. In angemessener Beschränkung von „Zaum und Reit“ (Galetti) entwickelt OB in dubio et in spe Martin Biermann seine Gedanken zum Stadtleitbild zur „Vision Celle 2031“, ein vervielfältigtes Manuskript von 20 Seiten, das wohl das Wahlprogramm für die ersten 30 Jahre seiner Regierungszeit abgeben soll; gefällig in seiner Volksnähe (der Kunde ist König) und in seiner Form (vorlesbar als Gutenachtgeschichte; lesbar bereits in der Grundschule, falls es noch eine geben sollte).

Wenn je gehobene literarische Qualität eine Chance hatte und hat gegen Herrschaftsmodelle, die in der Luft liegen, dann wird dieselbe dünn, wenn nun auch der Realpolitiker Biermann sich ebenfalls der Mittel der schreibenden Zunft bedient. Wie schön, ihn mit seinen überdachten Ein-kaufs-Passagen im doppelten Sinne (früher Piltzer- und Rabengasse und Brandplatz) an der Glasarchitektur eines Paul Scheerbart messen zu können; mit seinem U-Bahnkonzept am Altmeister Jules Verne und mit der Privatisierung sozialer städtischer Dienste im KELLU-Projekt an Dagobert Duck, der als freie amerikanische Ente nur aus Steuergründen auch mal eine Kröte schluckten muß. Der Protagonist Biermanns, der Harvard-Professor und gar Nobelpreisträger, Molekularbiologe Weisheit folgt dem Ruf zu einer Gastprofessur an der Privatuniversität seiner Heimatstadt Celle, die er 30 Jahre lang aus den Augen - wer nimmts übel? - aber nie aus dem Sinn - wen wunderts? - verloren hatte. Nun werden ihm die Errungenschaften der Ära Biermann am eigenen Leibe vorgeführt und er - und die Leserschaft - fragen sich: war er vorher blind, wird er jetzt blind oder ist diese Welt blind, die da neben Celle so her lebt, ohne davon Kenntnis zu nehmen, daß der Golfplatz in Garßen internationalen Zuschnitt besitzt? Entwickelt Biermann hier die klassischklinischen Elemente der Verschwörungstheorie in leichter Prosaform? Wir wollen der eigenen Lektüre des überaus unterhaltsamen Werkes eines viel versprechenden konservativen Utopisten nicht in Details vorausgreifen. Aber wie muß er gelacht haben, als ihm der Geniestreich eines Hotels Garni am Garnisonsmuseum einfiel!



Um wieder die Gefilde des Hier und Jetzt ins Visier zu nehmen, wird die Revista auch bis zur OB-Wahl nächsten Jahres über Stadtentwicklungen berichten, an denen Weisheit vorüber ging.

von RWLE Möller

>> Leserbrief <<

von RWLE Möller

Am 07.08.00 äußerte sich ein Martin Kreisel aus Celle im Zusammenhang mit der Celler Mauer über ausländische „Verbrecher“, die es sofort abzuschieben gelte und gab nebenbei noch sein Wissen über die Wörter „paradox“ und „latent“ preis. Dass er eine latente Abneigung gegen Ausländer allgemein habe, verblüfft unsereinen, der sich täglich die Zähne mit „Paradox“ putzt, gar nicht. Es handelt sich nämlich bei besagtem Martin Kreisel um einen aufRechten Mann, der mich 1998 in seiner Funktion als „Diplom-Ingenieur bei der Stadt Celle“ anrief und mir mitteilte, daß „alle PDS-Fuktionäre liquidiert“ werden müßten, so auch ich, und ich ihn nunmehr gerne anzeigen könne. Was hiermit in der REVISTA nachvollzogen ist.

(Cellesche Zeitung 06.09.2000)

Leserbrief von Hartmut Bartmuß

„Hermannsbürger Arbeitskreis Hetendorf 13“ war bei Anti - Nazi - Demo dabei

Wer vom „Pennen“ spricht, der muss auch sagen wer „gepennt“ hat. Pfarrer Hartmut Bartmuß aus Hermannsburg vom „Hermannsbürger Arbeitskreis Hetendorf 13“ schreibt zum Artikel „Anti-Nazi-Demo“ (CZ vom 4.September)

Die Überschrift „Anti-Nazi-Demo: Aktivisten bleiben unter sich“ ist unvollständig. Mit dabei waren Vertreterinnen und Vertreter des Hermannsbürger Arbeitskreises gegen Hetendorf 13, darunter der stellvertretende Hermannsbürger Bürgermeister Dr.Albrecht Schack und andere. Der genannte Arbeitskreis hat auf dieser Veranstaltung auch kurz das Wort ergriffen (Frau Rathgeber und Pfarrer Bartmuß) und dabei zu einem breiten Bündnis gegen die bekannten Gefahren unbeschadet sonstiger unterschiedlicher Ansichten aufgerufen. Außerdem waren mindestens eine Lehrerin und ein Lehrer aus Celler Schulen Teilnehmer dieser Veranstaltung, die in der Nähe der Synagoge stattgefunden hat. Von außen zeigte ich diese vor einigen Wochen meinem jüdischen Neffen aus Übersee, dessen Urgroßeltern und deren Familien alle Opfer des Holocaust geworden waren. Er ist dankbar für jede Initiative, die dem alten Ungeist entgegentritt. Das geringe Interesse der Passanten spricht für sich, aber nicht gegen die Kundgebung. Im Beitrag über die Podiumsdiskussion im Saal des Kreistages vermisste ich als Teilnehmer eingangs den Hinweis auf die Vertreter des „Bunten Hauses“ im Podium. Ein Vertreter des „Bunten Hauses“ findet in Spalte zwei Erwähnung ohne dass auf seinen Sitz im Podium hingewiesen wird. Sie zitieren am Ende des Berichtes -in dem Sie einen Hinweis auf den Auftritt einer rechtsextrremen Gruppierung unterlassen- Herrn Pastor Kurmeier: „Beim Rechtsradikalismus haben wir alle nicht gut aufgepasst - wir haben in den letzten Jahren gepennt“. Dem ist zu widersprechen. Im Saal befanden sich deutlich wahrnehmbar zahlreiche Damen und Herren des Cel-

ler Bündnisses gegen rechts und des Hermannsbürger Arbeitskreises gegen Hetendorf 13. Diese hatten das Problem schon vor Jahren erkannt und entsprechend gehandelt. Dabei haben sie manche Entscheidungen der Exekutive und auch der Rechtsprechung nur mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen können. Dennoch ist es der Beharrlichkeit der Bündnisse schließlich mit zu verdanken, dass das Zentrum auf Veranlassung des damaligen Innenministers geschlossen wurde. Der oben genannte Personenkreis jedenfalls hat nicht „gepennt“, sondern er hat die Gefahren offenen Auges beizeiten erkannt und bekanntgemacht denen, die sehen und hören wollten. In den Berichten des Verfassungsschutzes war davon übrigens auch die Rede.- Leider haben wir bei unseren Mahnwachen etc. nur ganz selten Vertreter des Celler öffentlichen Lebens als Mitstreiter vor Ort wahrgenommen. Außer den Vertretern des „Bunten Hauses“ jedenfalls haben wir auf dem Podium keinen Bekannten aus jenen Tagen wahrgenommen. Damit soll nicht ausgeschlossen werden, dass gelegentlich jemand zur Stelle war. Nochmal: Wenn vom „Pennen“ gesprochen wird, dann muss auch gesagt werden wer „gepennt“ hat. Die Wachsamten möchten sich hier nicht vereinnahmen lassen.

Hartmut Bartmuß



Massivholzmöbel
Regalsysteme
Orthopäd. Matratzen
Handgewebte Stoffe
Naturfarben

thun

Massivholz-Bett Nr. 842
in allen Größen
- geölt u. gewachst
- farbig lasiert
- lackiert

Reichhaltiges Zubehör, viele Varianten möglich.
Prospekt anfordern!

Celle - ☎ 05141-31247 · Fax 33769
Mo.-Fr. 10.00-13.00 + 15.00-18.00 · Sa. 10.00-12.30
Mi. nachmittags geschlossen
Am Wasserturm 35h
29223 Celle

Ehrung für Martin Dethlefs

Im Juni dieses Jahres wurde in Hermannsburg beschlossen Herrn Martin Dethlefs zu Ehren. Ich habe keine Ahnung, wer da sonst und für was geehrt wird, fand es aber prima, dass gerade Martin Dethlefs diese öffentliche Anerkennung erhalten sollte. Sein Engagement für Umweltfragen, gegen Atomenergie und auch gegen Rechtsexremismus, gerade in Bezug auf Hetendorf 13, ist ja auch sehr anerkennenswert. Im Vordergrund der Auszeichnung stehen, laut dem Hermannsbürger Bürgermeister Helmut Rosenbroch (CDU), die ehrenamtlichen Verdienste „für das Gemeinwesen in Hermannsburg, gerade im Bereich des Arten-, Natur- und Pflanzenschutzes habe sich Dethlefs verdient gemacht.“ (CZ, 19.06.00) „Es ist für mich unerträglich, dass ein Mann, der dem Land Schaden in Millionenhöhe zugefügt hat, dafür auch noch geehrt wird“, so die Reaktion des ehem. Hermannsbürger FDP-Ratsmitglieds Robert Brand. Er meint damit Martin Dethlefs Engagement gegen Atomenergie, gegen die er in Gorleben demonstriert und aktiv Widerstand geleistet hat, wie die CZ vom 19.06.00 schrieb. Wobei da allerdings die Millionenschäden entstanden sein sollen ist mir nicht klar, oder will Brand Herrn Dethlefs etwa die Kosten für den wahnsinnigen Polizeieinsatz in die Schuhe schieben, die eben entstehen, wenn ein Staat etwas gegen den Willen eines großen Teils der Bevölkerung mit aller Gewalt durchdrücken will? Na, jedenfalls ist für Herrn Brand diese Ehrung so „unerträglich“, dass er sein Ratsmandat niederlegte. Ein weiterer Grund für diesen Schritt war für ihn, dass er Formalien nicht eingehalten sah. Er kritisiert den Verwaltungsausschuss, der sich bei diesem Vorgang nicht an die nieders. Verwaltungsordnung gehalten hätte. Na, da hätte Herr Brand schon ein paar Wochen früher zurüchtreten können, als nämlich der Hermannsbürger Gemeindedirektor „ein bisschen gesetzeswidrig“ selbst entworfene Strassenschilder in Hermannsburg aufstellen ließ und dann wieder abbauen musste (siehe revista 4, Mai/Juni 2000). MM.

Die Geister, die sie riefen.....

....werden sie so schnell wohl nicht wieder los! Es geht nicht um mehr als ein Gerücht, das gerade in der CD-Kaserne umhergeistert und besagt, dass die Geschäftsführung einige, wenn nicht sogar irgendwann alle, Sprühflächen, die im Moment legal bemalt werden dürfen, streichen und dann auch sauberhalten will. Das mutet etwas konzeptlos an, wenn man sich überlegt, dass es das Jugendzentrum erst seit etwas über 4 Jahren gibt und den Sprayern damals ein Teil der Flächen sehr bereitwillig überlassen wurde. Aus der anfänglich eher kleinen Szene hat sich inzwischen eine recht aktive Jugendkultur entwickelt, die aus der Kaserne nicht mehr wegzudenken wäre, eben weil es die Sprühflächen, Hip-Hop-Partys und Skateboardrampen gibt. Nun meinen aber einige Leute, die das Alter ihrer Klientel inzwischen bei weitem überschritten haben dürften, für diese bestimmen zu müssen, was attraktiv ist und was nicht. Anfangs wurde jede Ju-



gendgruppe und Clique in die Kaserne integriert, um überhaupt etwas vorweisen zu können (was von der alten Geschäftsführung sicher auch gut und ernst gemeint war). Mit einem neuen Chef scheint sich nun aber auch das Konzept zu ändern, nämlich weg vom Schmutzdelimage eines Jugendzentrums, hin zum Veranstaltungszentrum mit sogenannten Events, statt jugendorientierter Sozialarbeit. Die Kaserne war eigentlich einmal als zentrales Jugendzentrum der Stadt, unter anderem für das vor Jahren in Westercelle abgebrannte, gedacht und sollte dementsprechend konzipiert sein, denn wenn die Kaserne nur denen Platz geben will, die ordentlich, ruhig und unauffällig sind und jederzeit bereit die überhöhten Eintrittspreise zu zahlen, dann haben die Verantwortlichen nichts aus der Geschichte der Jugendzentren gelernt.

Wir dürfen gespannt sein, welche Seite der malenden Zunft den längeren Atem hat, und ob uns die Kaserne in Zukunft in strahlendem Einheitsweiß oder weiterhin mit der gewohnten Farbvielfalt begrüßen wird.

Vielleicht ist es aber auch nur ein Gerücht, weil eigentlich niemand auf die Idee kommen dürfte am Status Quo etwas ändern zu wollen. Denn solange Sprüher es schaffen das Polizeigebäude oder einige Häuser in der angrenzenden Hannoverschen Str. zu bemalen, wird die Kaserne wohl kein Problem für sie darstellen.

N.N.

BÜCHERHAUS
Buchfink

Wer läuft schon
vorm Lesen davon

Alle Infos auch im Internet für Sie da
www.buchfink-celle.de
e-mail: info@buchfink-celle.de

Am Heiligen Kreuz 26 · 29221 Celle
Tel. 0 51 41 - 21 74 20 + 74 00 37
Fax 0 51 41 - 2 45 24

<TERMINE - TERMINE - TERMINE>

6.10 20.00 Uhr der Buchfink und der Kulturkreis Winsen veranstalten eine Autorenlesung: Eike Christian Hirsch "Der Berühmte Herr Leibniz", im Groden Hus Museumshof in Winsen

6.10. 20.00 Uhr Konzert:

Garrison & Enfold, UJZ Kornstraße (Hannover)

7.10. 22.00 Uhr Dub it to the deepest – Party, UJZ Kornstraße

10.10. 21.00 Uhr Anarcho-Punk from Barcelona: Karton de Vino & Elektroduendes, Sturmglocke, Sprengel-Gelände (Hannover)

14.10. 8-18.00 Uhr Harry-Potter-Tag im Buchfink

14.10. 20.00 Konzert: Pop Unknown & Sometree, UJZ Kornstraße (Hannover)

15.10. 17.30 Uhr Jugend-Antifa-Café, Sturmglocke, Sprengel-Gelände (Hannover)

16.10. 10-13.00 Uhr Infostand zur Aktion "Land Macht Satt", Eine Welt AK Celle e.V., Fußgängerzone

18.10. 21.00 Uhr Chelsea on Fire, US-Riot-Grrrrl-Rock, Sturmglocke, Sprengel-Gelände (Hannover)

19.10. 16.00 Uhr Film „Ich bin ein Kanake“, KNHO im Sprengel (Hannover)

21.10. ab 6.00 Uhr Fahrt zur Buchmesse in Frankfurt, Organisation über die VHS Celle. Nur dort schriftliche Anmeldung möglich! Am Mittwoch 18.10., 20.00Uhr Vorbereitungsabend im Buchfink.

18.10 21.00 Uhr Konzert: Infaust, Dystopia, Corrupted, UJZ Kornstraße (Hannover)

22.10. 17.30 Uhr Jugend-Antifa-Café, Sturmglocke, Sprengel-Gelände (Hannover)

25.10. 20.00 Uhr "Die gepa und der Faire Handel" Vortrag, Referent: Jorge Inostroza, Vertriebsleiter der gepa, Weltladen

31.10. 20.30 Uhr Julias Wahn, Regisseur Hannes Schönemann ist anwesend, KNHO im Sprengel (Hannover)

3- 4.11 Arbeitstagung Rechtsextrémismus Heimvolkshochschule Hustedt Anmeldung über DGB Göttingen - Northeim 0551/44097

Berufsgruppe gegen sexuelle Gewalt an Kindern, Brennesel e.V. co. VSE
Siemensplatz 1, 29221 Celle

Ständige Termine:

Arbeitskreis eine Welt

jeden Mittwoch um 20 Uhr im Weltladen (An der Stadtkirche 10)

Weltladen

(An der Stadtkirche 10)

Öffnungszeiten:

Di+Mi: 10-17 Uhr

Do: 15-17 Uhr

Fr: 9.30-12.30, 15-17 Uhr

Treffen der Schwinc

Momentan Pause! Kontakt unter

(Tel. & Fax 05141 / 28577)

Email: RWLEM@t-online.de

Interessierte können sich auch bei der Gleichstellungsgruppe der

PDS melden

Bürozeiten der PDS

(Kreisverband Celle)

Dienstags und Donnerstags 18 Uhr

Bergstr. 50, 29221 Celle

Tel.: 05141 / 550 420

Fax: 05141 / 550 421

mail@pdscelle.de

Homepage: www.pdscelle.de

Termine im Bunten Haus

(CD-Kaserne hinten links „Halle 12“ Hannoversche Str. 30 f, Tel 907927)

Fahrradwerkstatt je. Dienstag
16-19 Uhr

Abraxas(Anti-AKW) je. Dienstag
19 Uhr

Archiv je. Donnerstag
17-19 Uhr

KDV-Beratung je. Donnerstag
17-19 Uhr

Plenum je. Donnerstag
19 Uhr

Volxküche je. Sonntag
18 Uhr

Sprechstunde je. ungeraden
(Hip – Hop) Mittwoch

19 Uhr

STERN AUGE
Schmuck der unter die Haut geht!
Body-Piercing
STRAHLDORN
Piercingsschmuck inkl. Anbringung, Kreuztitten und Hoeschbopartiel, Henna-Art und Science Fiction.
... immer eine persönliche Note.
Tel 0172-512 5142
Am Heiligen Kreuz 15, 29221 Celle City, 05141-217 417